

# Arbeiter-Zeitung

Freitag, den 15. Juli 1932.  
14. Jahrgang Nr. 164

für Schlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzstraße 50. Fern-  
sprecher 460 59. Postfach 400.  
Redaktion: Breslau 10, Kreuzstraße 50 (Bord-  
haus). Fernsprecher 489 02. Erscheinungstag Montag bis  
Freitag von 17-18 Uhr. — Geschäftsamt: Breslau. — Ver-  
lag: Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuzstraße  
50. Fernsprecher 460 58.

Gegen die Reaktion  
Für die Arbeiter  
Wählt Kommunisten  
Karte

## Heute alle Antifaschisten heraus



**zur Kundgebung der Antifaschistischen  
Aktion, im Zirkus Busch, um 20 Uhr**

Es spricht

**Wilhelm Pieck**  
der Kampfgefährte Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs

Antreten 18 Uhr: West: Striegauer Platz; Nord: Weißen-  
burger Platz; Nordost: Hirsch-, Ecke Bockstraße; Süd:  
Friedrichsplatz; Ost: Brockauer Platz; Zentrum: Neumarkt

## Mit geballten Fäusten am Grabe des Genossen Hentschel!

Gewaltige Massenkundgebung der roten Einheitsfront bei der Beerdigung — Der Sarg wird von Reichsbannerkameraden und Kameraden des Antifaschistischen Kampfbundes getragen — Kampfgelöbnis: Die Einheitsfront noch fester zu schmieden!

Gnadenfrei, 15. Juli. Am Donnerstag fand die Beisetzung des so auf die schreckliche Weise ermordeten Genossen Fritz Hentschel statt. Noch nie hat Gnadenfrei solche Menschenmassen gesehen wie an diesem Tage. Von nah und fern waren die Arbeiter teils zu Fuß, teils per Fahrrad, herbeigeeilt, um dem ermordeten Kämpfer das letzte Geleit zu geben. Von der braunen Mordpest war an diesem Tage nichts zu erblicken. Manchem Gnadenfreier Spießer mag bei dem Anblick der ungeheuren Menschenmassen doch etwas anders zumute geworden sein. Die Polizei verhielt sich diesmal sehr zurückhaltend.

Vor dem Hause des Fleischereimeisters Akt stand ein Schupo-Kommando mit Gewehr bei Fuß. In diesem Hause ist bekanntlich der Genosse ermordet worden. Den Laden hatte er geschlossen. Doch er mag sich beruhigen; die Arbeiterschaft wird nie vergessen, daß in diesem Hause der abscheuliche Mord passiert ist, und die Schuldigen eines Tages zur Rechenschaft ziehen wird.

Gegen 13 Uhr bereits rüdten die ersten Kolonnen der Arbeiter heran. Nun kam Trupp auf Trupp. Vor der Leichenhalle stauten sich die Menschen. Ein jeder wollte dem ermordeten Kameraden noch einmal den letzten Gruß überbringen. Mit einem Ausdruck des Granens kam jeder heraus, der ihn gesehen hatte. Daß und Erbitterung auf den Gesichtern. Hier lag im schlichten Sarge Genosse Hentschel aufgebahrt, nicht mehr wiederzuerkennen. Die Wangen eingefallen, schwarz im Gesicht, die Brust aufgeschwollen lag er da, der einstmalig so mutig in unseren Reihen gekämpft hatte. Nach 14 Uhr legte sich der gewaltige Trauertag von ungefähr 1500 Menschen in Bewegung. An der Spitze des Zuges Reichsbannerkameraden, dann die Fahnen- und Delegationen der kommunistischen Partei, des Kampfbundes und des Reichsbanners. Dann kamen die Kranzdelegationen der Ortsgruppe der Partei, der Roten Hilfe, des Reichsbanners Gnadenfrei.

**Gemeinsam wurde Genosse Hentschel von Reichsbannerarbeitern und Kameraden des Antifaschistischen Kampfbundes getragen.**

Zu Hunderten standen die Arbeiter Spalier. Auf dem kleinen katholischen Friedhof wurde der Genosse beigesetzt. Der Pfarrer hatte das Sprechen am Grabe verboten. Nur eine Abordnung durfte hinein. Die roten Fahnen senkten sich; mit geballten Fäusten hielten die

Kameraden des Kampfbundes und des Reichsbanners. Der Vertreter der kommunistischen Partei rief dem Genossen einige kurze Worte des Abschiedes zu. Hinter ihm sprach ein Vertreter der Reichsbannerproleten. Die Ortsgruppen legten ihre Kränze nieder. Ein donnerndes „Rot Front“ schallt über das Grab. Die Genossen verlassen den Genossen Hentschel mit dem Gelöbnis auf den Lippen, alles zu tun, daß er nicht umsonst gefallen ist, dieser ruchlosen Gesellschaft den Garaus zu machen.

**Gewaltige Protest-Kundgebung der roten Einheitsfront**

Als die Abordnungen vom Friedhofe kamen, sammelten sich die Massen zur Protestdemonstration. Noch nie hat das reaktionäre Gnadenfrei ein so geschlossenes Auftreten der Arbeiterschaft gesehen. Durch diesen Ort, wo am Sonntag alles von Faschistenkreuzzügen hing, die Spießer sich wie toll voller Freuden über die Notverordnungs-jünglinge gebärdeten, marschierten die Kampfbrigaden der Arbeiterschaft. Der Feuerwehrlag erwies sich als zu klein, um die Massen aufzunehmen.

**Genosse Granzalle spricht**

Genossen! Wir haben eben einen unserer Besten zu Grabe getragen, einen unserer Besten, der auf die schreckliche Art und Weise sein Leben für den Freiheitskampf des Proletariats hingeben mußte. In dieser Stunde wollen wir geloben, alles zu tun, die Einheit des Proletariats noch fester zu schmieden und dem faschistischen Mordterror ein Ende bereiten. Ost von gewaltigem Beifall unterbrochen, beendet Genosse Granzalle seine Rede. Die „Internationale“ ertönt über den Platz. Unter donnernden „Rot-Front“-Rufen verabschiedeten sich kommunistische und Reichsbannerproleten.

Die Nazis, die glauben, durch solche erbärmlichen Mordtaten die Arbeiterklasse einzuschüchtern, haben sich getäuscht. Gerade diese Tatsache hat die Arbeiter in ihrem Kampfbewußtsein noch gestärkt. Die Einheit der Arbeiter Gnadenfrei wird nicht mehr zu zerbrechen sein. Die Arbeiter erkennen, daß, wenn sie geeint marschieren, eine Macht sind, die unüberwindlich ist. Sie werden deshalb die Antifaschistische Aktion noch stärker entfalten und dafür sorgen, daß den Mordbänden unmöglich gemacht wird, noch eine Minute länger ihr blutiges Handwerk auszuüben.

## Warum roter Landsonntag der Antifaschistischen Aktion?

Von H. S., Breslau

Schwer leucht die werktätige Masse, vor allem die des flachen Landes, unter der Fuchtel der sich von Tag zu Tag verschärfenden Wirtschaftskrise. Die faschistische Regierung haben ist auch die Regierung der feudalen Krantjunter, die ihre brutale Hungerpeitsche auf die werktätige Bevölkerung niederhauen läßt. Unterdrückungs- und Rentenraub, Erhöhung der Steuern, Preiskraucher und Lohnabbau, Pfändungen und Ermittlungen sind Marokkane auf dem Wege der Auszehrung und Auszülnderungsdictatur der Regierung der Krantjunter und Schlotbarone. Jahrelang hat es die herrschende Adelsschicht auf dem Lande verstanden, zwischen die Schichten des Landproletariats (Land- und Forstarbeiter), sowie der Verbündeten des Proletariats, dem kleinen Bauerntum, einerseits, und dem städtischen Industrieproletariat andererseits, einen Keil des Hasses und der Uneinigkeit zu treiben, der dazu dient, die Methoden der Ausbeutung vornehmlich an den Landarbeitern ohne jeden Widerstand vornehmen zu können. Von jeher war die Landarbeiterschaft eine der geschicktesten Schichten der Werktätigen. Bis 1918 war die Landarbeiterschaft den alten, aus dem Jahre 1810 stammenden 44 Gebüdenordnungen unterworfen, in denen sogar die Prügelstrafe den „gnädigen Herren“ gestattet war.

Mit der Beseitigung der alten Gebüdenordnung und der im Jahre 1919 eingeführten, bis heute noch geltenden „Vorläufigen Landarbeitervereinbarung“ ist es für die Landarbeiter nicht ein Zota besser geworden. Neben anderen Unterdrückungen sieht auch diese eine 10-12 stündige Arbeitszeit vor. Daß die vorläufige Landarbeitervereinbarung den Agrariern willkommen war, beweist der Beifall, den die Agrarier dem Reichstagsabgeordneten und Vorstehenden des DVB. Schmidt zollten, als er dieselbe in einer Sitzung des Reichstages im Jahre 1919 behandelte. Die verräterische Methode der Arbeitsgemeinschaft durch die Gewerkschaftsbürokratie hat die Arbeiterklasse, und vor allen Dingen die Landarbeiter, völlig rechtslos gemacht und dazu beigetragen, daß heute die Agrarier und Schlotbarone, geküßt auf die braune Pest, ihre faschistische Ausbeutungs- und Vergewaltigungspolitik am Proletariat betreiben können. Nicht genug, daß die Landarbeiter heute beim miserablen Debitat mit 9 bis 13 Pfennig Stundenlohn und rüchichtsloser Antreiberei vom frühen Morgen bis in den frühen Abend schuften müssen, soll jetzt ein neuer Lohnraub von 10-12 Prozent vollzogen werden. Zur gleichen Zeit kündigen die braunen Mordbänden der feudalen östlichen Junker verschärften Terror, insbesondere gegen den revolutionär gesinnten Teil der Landarbeiter an. Wer nicht freiwillig sich der braunen Mordpest der Agrarlöhne anschließt, wird entweder dem Hungertode preisgegeben oder, wie August Bassy aus Banlau, brutal und diebstahlgemordet.

In Erkenntnis dieser Tatsachen kommt bei den betroffenen Landarbeitern bereits wieder, wenn wir mit ihnen diskutieren, der gemeinsame Kampfeswille zum Ausdruck. Die in Schlesien vorhandenen

## Belegschaft Lufsengrube beschließt geschlossene Teilnahme an der Thälmann-Kundgebung

Hindenburg, 15. Juli. Die Belegschaft der Lufsengrube hat in ihrer am 13. Juli abgehaltenen Versammlung den Beschluß gefaßt, geschlossen an der Thälmann-Kundgebung gegen Lohnraub, Beschäftigungs- und Salzsteuer, gegen die Papen-Regierung, gegen den Mordfaschismus, für Arbeit, Brot und Freiheit, für den Sozialismus zu demonstrieren.

Dieser Beschluß muß sofort von allen Belegschaften aufgegriffen werden. Auch sie müssen einen solchen Beschluß fassen. Die obersteinsten Kumpels marschieren nach Hindenburg und begrüßen den Führer der Antifaschistischen Aktion, den Genossen Thälmann.

## Neuer Naziüberfall in Ohlau

Ohlau, 14. Juli. Am Mittwochabend gegen 18 Uhr wurde unser Zeitungslieferant, Genosse Langer, in der Nähe der Oberbrücke aus dem Hinterhalt von 10-12 Papen-Nazis feige überfallen. Genosse L. erhielt Schläge mit kumpfen Gegenständen, wahrscheinlich mit Totschlägern.

Da gerade auch die SPD. eine Versammlung abhielt, ging Genosse L. in diese Versammlung und wollte den blutigen Vorfall den SPD.-Arbeitern bekanntgeben. Der Redner der SPD. verwies unserem Genossen das Lokal und drohte, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Zahlreiche SPD.-Arbeiter verließen daraufhin spontan die SPD.-Versammlung und gingen in die auch zu gleicher Zeit tagende öffentliche Versammlung der SPD.

## Genossen!

Organisiert für Sonntag einen Massenvertrieb unserer Sonnabend-/Sonntag-Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“! Der rote Landsonntag gibt uns die beste Gelegenheit, für das einzige Organ der Antifaschistischen Aktion, die „Arbeiter-Zeitung“, zu werden. Erfüllt alle eure Pflicht!



# Schuhfabrik Musterlich im Streik

## Das ist auch Antifaschistische Aktion gegen Lohnraub und faschistische Hungerdiktatur der Papen-Regierung — Erhebt überall das Streikbanner!

Raumburg O.L., 15. Juli. Die Belegschaft der Schuhfabrik Musterlich ist vorgestern in den Streik getreten. Die Gewerkschaftsbürokratie hat unter dem Druck der organisierten Mitglieder den Streik sanktioniert.

Die streikenden Kollegen müssen sich klar darüber sein, daß die Gewerkschaftsbürokraten nicht alles daransetzen werden, um den stampf zum Siege zu führen. Deshalb müssen die Kollegen die Gewerkschaftsbürokraten aus der Streikführung vollkommen ausschalten. Die Führung des Kampfes muß in den Händen einer von der Belegschaft gewählten Streikleitung liegen.

Der Streik der Raumburger Schuharbeiter ist Antifaschistische Aktion gegen Lohnraub und faschistische Hungerdiktatur der Papen-

Schleicher-Regierung, die von den Nationalsozialisten nicht nur toleriert, sondern in ihren Maßnahmen auf das Stärkste gegen die arbeitende Klasse unterstützt wird. Der wachsende Kampfeswille soll durch den Blutterror der SA- und SS-Banden gebrochen werden.

Der Streik der Raumburger Schuharbeiter ist aber auch ein weiteres Beispiel für alle anderen Betriebsbelegschaften, mit der Waffe des Streiks den Kampf um Arbeit und Brot zu führen. Alle Angriffe auf die tägliche Lebenshaltung der Arbeiterklasse werden nur durch die kämpfende rote Einheitsfront siegreich abgewehrt. Und diese kämpfende rote Einheitsfront gegen Lohnraub, Beschäftigungs- und Salzsteuer und Mordfaschismus gibt es in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in allen Wohnblöcken trotz der elenden Hege der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer zu schaffen.

und 220.000 Land- und Forstarbeiter sind heute zum großen Teil unorganisiert, oder wie gesagt, als gezwungene Mitglieder bei den Nazis. Deshalb haben wir Kommunisten gerade jetzt die Aufgabe, den Temporeißer auf dem flachen Lande aufzuholen. Die Ernte hat bereits begonnen, und damit ist ein günstiger Zeitpunkt für Landarbeiterkämpfe vorhanden. Die Organisierung und Vorbereitung der Kämpfe erfordert aber, daß in weit stärkerem Maße die Parteizellen, die Genossen vom G.P.K., sowie der K.O.D. und der übrigen Massenorganisationen für eine systematische Patenschaftsarbeit auf dem Gebiete mobilisiert werden. Notwendig ist, daß bei der Mobilisation auf dem Lande die Organisierung und Schaffung von neuen Gutszellen durchgeführt wird. Bei der Landagitator müssen die Genossen folgende Punkte beachten:

**Zeitstellen, ob Tariflohn gezahlt wird, in welcher Qualität das Deputat gegeben wird, wie die Wohnungen aussehen, wie die Behandlung der Arbeiter durch den Inspektor oder Vorarbeiter ist, ob Erntegeld gezahlt wird?**

Auf der Basis dieser Feststellungen gilt es konkrete Kampfmaßnahmen mit den Landarbeitern aufzustellen; sofern es sich machen läßt, soll man diese betrieblichen Kampfmaßnahmen von allen Landarbeitern unterstützen lassen, da sich die Landarbeiter durch die Unterstützung zur Durchsetzung der Forderungen mehr verpflichtet fühlen. Solche Unterstützung sind zugleich ein erstes bewußtes Hervortreten, also schon ein gewisser Kampfakt, der auf der Linie der Heranführung der Landarbeiter an den Streik liegt. Gleichzeitig sollen Einheitsfrontangebote an die Ortsgruppen des P.P.V. und der christlichen Organisationen auf der Grundlage der Forderungen gemacht werden. Dabei muß der gemeinsame Kampf zur Abwehr des faschistischen Terrors gestellt werden. Es ist hier die Schaffung von antifaschistischen Schutzstellen notwendig. Ein solch einheitlich geschlossener Kampf wird zweifellos zum Siege führen, und wir haben so das Vertrauen bei den Landarbeitern für uns gestärkt.

Die Landarbeiterschaft ist in Schlesien ein ausschlaggebender Faktor, sie sind nicht als die Verbündeten des Proletariats, wie es vielfach behauptet wird, zu betrachten, sondern sie gehören zum Proletariat. Diese Gewinn, heißt, sie vom Faschismus und Reformismus lösen und im G.P.K. organisieren. Dies ist aber nur möglich, wenn wir mit ihnen Schulter an Schulter den Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage führen. In enger Verbindung mit der Erhebung und Durchsetzung der Landarbeiterschaft steht die Gewinnung der Verbündeten des Proletariats, der kleinen Bauern, Bäcker und Ziedler, in die antifaschistische Kampffront. Die Bauern sind dem Landarbeiter gegenüber nicht so unorganisiert, sie befinden sich fast alle rechtlos in verschiedenen Organisationen. Rund 3,7 Millionen Bauern sind Mitglied in der zentralen Genossenschaft, dem Reichsbund, d. h., daß fast jeder Bauer in der Genossenschaft organisiert ist.

Beim Reichslandbund sind rund 600.000, beim christlichen Bauernverein circa 3—400.000 organisiert. Dazu kommt die Landvolkbewegung und eine Reihe lokaler Organisationen, die keiner Zentralstelle angeschlossen sind. Wir müssen diese Tatsache sehen, und wenn wir nicht verziehen, unsere Oppositionsarbeit dort zu beginnen, werden wir die werktätigen Bauern niemals lösen von der Führung der Großararier. Die heute noch die aemaligen Massen in ihrem Banne haben und sie nicht nur mit der Ideologie des Nationalfaschismus verheulen und irreführen, um auf Kosten der breiten Bauernmassen die Herrschaftsform im Staate zu behalten, sondern zugleich diese Halbproletarier gegen ihre Verbündeten, das Industrieproletariat, aufheben, und so ein feindliches Lager erzeugen, aus dem die Agrarier ihren Profit schinden. Schlesien ist nicht nur ein Agrargebiet, sondern dieses Agrargebiet wird einzig und allein beherrscht von den ablässigen Junkern und Großgrundbesitzern. Der Rest von Reich, Graf von Hochberg, Graf Schaffgotsch, und wie die Führer der Nationalfaschisten alle heißen mögen, sie sind es, die dem kleinen Bauern und Bäcker durch wucherische Pachtzinsen, durch Hochzinsen der Ländereigentümer zum hinkenden Verarmen machen und von Haus und Hofe verjagen. Wir haben in Schlesien allein 107 adlige Großgrundbesitzer, die eine nutzbare Bodenfläche von 600.842 Hektar Land besitzen. Diese Schmarotzer im Felde sind es, die dem kleinen Bauern die Luft zum Leben abdrücken, und jährlich vom Lande Staat nach der Berechnung von Deutscher 4 Milliarden Staatszuschüsse erhalten. Auf Grund der Staatszuschüsse sind die Agrarier in der Lage, ihren Betrieb mit neuen Maschinen zu modernisieren; was aber Maschinen in der Landwirtschaft bedeuten, zeigt folgende Aufstellung:

- Wägen mit Ochsen 4,0 Arbeitstage für 1 Hektar
- Wägen mit Dampftraktor 0,6 Arbeitstage für 1 Hektar
- Grasmäher mit Reie 2,5 Arbeitstage für 1 Hektar
- Grasmäher mit Grasmäher 0,5 Arbeitstage für 1 Hektar

Welches gewaltige Ersparnis an Arbeitszeit und Kräften kommt hier den Agrariern zugute. Kein Wunder, wenn der kleine Bauer bei all den Tatsachen in Zahlungsunfähigkeit gerät und durch den Besitzverlust von Haus und Hofe verjagt wird. Die Zahl der Armutserkrankungen landwirtschaftlicher Betriebe hat sich in den letzten Jahren gewaltig vermehrt. Von 1924—25 beliefen sich dieselben in Preußen auf 35 mit insgesamt 14.017 Hektar; 1930—31 waren es 1518 mit 97.622 Hektar. Von diesem Kaufhaus waren nur kleine Bauern, Bäcker und Ziedler betroffen. Wieder holen die Agrarier in neuen Schlägen aus. Der Agrarminister von Braun hat in einer Rundschreiben von der „Ernährung aus eigener Kraft“ gesprochen, da auf Grund der guten Ernte in diesem Jahre alle ausländische Konkurrenz ausgeschaltet werden soll. Braun hat zugleich seine Sorgen um den Preis der Ware kundgetan und dazu angekündigt, daß die von Heilmann eingeführten und vom sozialdemokratischen Agrarpartei Parteibürokraten Paade hochgekauften Getreidebörse höher getrieben werden sollen. Die Einfuhr von Frühkartoffeln wird gesperrt, zugleich werden starke Maßnahmen gegen Einfuhr von Futtergerste getroffen, um ein Überangebot von inländischen Agrarprodukten auf dem Markt zu unterbinden, werden dem Bauern (sies: östliche Junker) Staatszuschüsse gegeben, damit er die Ware auf dem Lager halten kann. Diese „Ernährung aus eigener Kraft“ birgt zugleich in sich, daß auf dem Tisch des deutschen Arbeiters die deutsche Kohlrübe wieder zur Delikatesse wird.

**Dem Agrarier Staatszuschuß und hohen Profit, dem kleinen Bauern und Arbeiter der Strid, das ist die Patentlösung der Agrarkrise durch die faschistische Papen-Regierung!**

Wenn die werktätige Bauernschaft die Kette der Tyrannei, die man um ihren Leib und Hof geschmiedet hat, sprengen will, muß sie gleich dem wütenden Bauern sich mit dem Proletariat verbünden, muß sie sich lösen von der Führung der faschistischen Adelsbrut, muß revolutionäre Bauernkomitees schaffen, muß den Steuerfreibrief erklären und sich gegen Zins- und Pachtwucher auflehnen, muß im Bunde mit den Landarbeitern und dem Industrieproletariat Pfändungen und Expropriationen gewaltsam verhindern. Wir führen die Antifaschistische Aktion auf dem Lande, weil wir dem Landarbeiter wie dem kleinen Bauern den Weg zur roten Einheitsfront zeigen wollen, die einzig und allein die Kette der faschistischen Sklaverei und Ausbeutung sprengen und dem Baden- und Hitler-Geschmeiß ein Ende bereiten wird.

Wir brechen den Naziterror am kommenden Sonntag, dem

## Papen-Hitler-Deutschland!

# 450 Mühlbacher Papierarbeiter arbeitslos

Slag, 13. Juli. Der gesamte Betrieb der Mühlbacher Papierfabrik ist stillgelegt und über 450 Arbeiter und Arbeiterinnen sind entlassen worden. Die Fabrik gehört den Ostdeutschen Papier- und Zellstoffwerken, deren Aktien sich in den Händen eines französisch-schweizerischen Konzerns befinden. Die Mühlbacher Papierfabrik war als einzige Papierfabrik Schlesiens bis zu Pfingsten in mehreren Schichten mit etwa 450 Arbeitern voll beschäftigt und hat erst in den letzten Wochen nur noch drei Tage in der Woche gearbeitet.

Die 450 Proleten sind im Interesse des kapitalistischen Profits auf das Straßenpflaster gemorren worden. Die verschiedensten Arbeitsbeschaffungspläne der herrschenden Klasse sind weiße Salbe; man will damit nur die von Tag zu Tag wachsende Empörung unter den Erwerbslosen eindämmen. Wir fragen die Proleten: haben euch nicht immer vor Wahlen die Kapitalisten und ihre Lakaien Versprechungen auf Arbeit und Brot gemacht? Mit diesen betrügerischen Manövern haben sie um die Stimmen der Arbeiter, um nachher noch viel brutaler die Hungerangriffe auf das Proletariat durchzuführen zu können.

## Antifaschistische Arbeiter!

# Macht Schluß mit den Mord-Nazis

## Zwei weitere Tote in Berlin — Mehrere Antifaschisten ringen mit dem Tode — Neue blutige Naziüberfälle — Arbeiter beschließen Proteststreiks!

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Bei den systematisch vorbereiteten Mordüberfällen der SA auf eine Gruppe heimkehrer Demonstranten in Berlin-Siemensstadt am 13. Juli, wurden insgesamt zehn antifaschistische Arbeiter niedergeknallt. Zwei Genossen, Ferdinand Grohe und Georg Brechlin, sind an ihren schweren Verwundungen gestorben. Mehrere andere Arbeiter ringen im Krankenhaus mit dem Tode.

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag haben die SA-Banden auch in Berlin-Oberbichsenow vier Arbeiter niedergeknallt. Die blutigen Terroraktionen der SA wurden gestern fortgesetzt. In Berlin-Schöneberg überfielen eine SA-Bande einen Reichsbannerkammeraden, der durch einen tiefen Lungenstich lebensgefährlich verletzt wurde.

In Berlin-Reinickendorf verteilte gestern abend eine Genossin Flugblätter. Im Hause Schillerring 38 fürzte plötzlich der SA-Krüher Schuhr aus seiner Wohnung und fiel mit einer Reitpeitsche über die Genossin her. Nachdem er die Genossin geschlagen hatte, schob er sie mit seiner Peitsche nieder.

Die „rote Fahne“ fordert die Arbeiter auf, Proteststreiks zu beschließen und am Tage der Beerdigung der Opfer sich in Massen zu beteiligen.

In einer gestern abend stattgefundenen Versammlung erhoben die Arbeiter klammgaden Protest gegen die Arbeitermorde der SA und beschloßen, heute früh bei Arbeitsbeginn die Belegschaften durch Verammlung zusammenzurufen und sie zu einem einstündigen Proteststreik aufzufordern.

**Heraus mit allen faschistischen Mordbanditen aus den Betrieben! Auch die anwesenden SPD- und Gewerkschaftsmitglieder sprachen sich für den Proteststreik aus.**

17. Juli, in 46 schlesischen Dörfern, wo die Pioniere der Avantgarde des Proletariats eindringen werden, um den von Diktatorkriegern errichteten feindlichen Wall zwischen Industrie- und Landproletariat niederzureißen und die kämpfende rote Einheitsfront herzustellen. Zur Vernichtung des Systems der Volkssausplünderer gibt es nur ein Mittel: Zusammenstoß aller Arbeitenden in Stadt und Land! Der Bauer kann nicht leben, wenn der Arbeiter hungert, der Arbeiter kann die Ketten der Lohnsklaverei nicht sprengen, wenn Millionen kleiner Bauern sich von Junkern und Hitler-Agrariern gegen die Arbeiterklasse mißbrauchen lassen. Wir können deshalb gar nicht energisch genug betonen, daß im Rahmen der Antifaschistischen Aktion steht: die Streikfertigmachung der großen Güter, die Organisierung der Gegenwehr gegen Steuerraub, Pfändungen, Expropriationen. Dazu muß die Reichstagswahl ausgenutzt werden; denn entscheidend für die Überwindung der durch Deutsches Land gehenden faschistischen Welle ist, inwieweit wir es verstehen, den außerparlamentarischen Klassenkampf zu entfalten. Davon hängt auch das Bild der Stimmzetteldemonstration am 31. Juli ab.

Die Antifaschistische Aktion ist nicht ein Teil des Wahlkampfes, sondern umgekehrt; Antifaschistische Aktion heißt: Entfaltung der Offensive auf allen Fronten des Klassenkampfes. Deshalb, Genossen, hinaus alltäglich und besonders am Sonntag, dem 17. Juli, aufs Land. Benutzt auch mit der „Illustrierten Bauernzeitung“, mit Unterschriftenlisten zum Aufruf gepfändeter und expropriierter Bauern, mit Material für die Landarbeiter; diskutiert mit ihnen, macht den Weg frei zur roten Einheitsfront, organisiert Gutszellen, schafft Bauernkomitees, stürzt die Burgen des Faschismus!

Wir Kommunisten haben nie den werktätigen Schichten Versprechungen gemacht. Gerade wir Kommunisten waren es, die bei Wahlen der Arbeiterklasse erklärten, daß der Stimmzettel nur ein Kampfbekennnis sein könne.

**Rot und Glend des Proletariats wird nicht mit dem Stimmzettel, sondern durch den revolutionären Klassenkampf, durch die Antifaschistische Aktion beseitigt! In der Sowjetunion, wo die Kommunisten regieren, werden von Monat zu Monat neue Fabriken in Betrieb gesetzt; dort herrscht keine Arbeitslosigkeit; dort herrscht auch kein Hunger; dort gibt es keinen Mordfaschismus!**

Die deutschen Arbeiter müssen deshalb mit uns Kommunisten in der roten Einheitsfront durch den aktiven Massenwiderstand den Lohn- und Unterdrückungsabbau und die Massenfeiern verhindern.

**Alle Arbeiter stimmen am 31. Juli für die Liste 3, gegen Betriebsstilllegungen und Lohnabbau, gegen Faschismus, für den Sozialismus!**

Düsseldorf, 14. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Im Stadtteil Oberkassel wurde der kommunistische Arbeiter Sonnen von einer SA-Bande niedergeschossen. Sofort nach Bekanntwerden des Arbeitermordes beschloß die Belegschaft des Großbetriebes Schies-Betrieb in den Proteststreik zu treten, bis alle SA-Banden aus dem Betriebe entfernt sind. Dieser Beschluß wurde restlos durchgeführt.

## 10 Gebote zum Landsonntag!

1. Es steht: Erntestreik, bäuerliche Kämpfe, Antifaschistische Aktion, Reichstagswahl!
2. Nimm mit: „Land- und Forstarbeiter“ und „Illustrierte Bauernzeitung“ und Broschüren, die Landarbeiter- und Bauernfragen behandeln.
3. Zeitungsüberlauf genügt nicht, organisiere eine Gutsversammlung (wenn auch nur eine Stubenbesprechung).
4. Vergesse nicht: Güter sind Betriebe; Landarbeiter gehören zu deiner Klasse. Kleinbauern sind Verbündete. Stärke die K.O.D. unter dem Landproletariat, die Bauernkomitee-Bewegung, revolutionären Bauernorganisationen und Oppositionsgruppen!
5. Anknüpfungspunkte: Unpünktliche Lohnzahlung, schlechtes Deputat, zerfallene Wohnung, fehlende Brunnen und Aborte, ein faschistischer Gutsinspektor, Mißhandlungen und Entlassungen, Arbeitsdienstpflicht, Zwangsversteigerungen, Pacht-, Zins-, Steuerlasten, hohe Strompreise, Reichsmilchgesetz, teure Futtermittel, Geräte etc., niedere Erzeugerpreise infolge Massennot.
6. Schaff Einheitsausschüsse gegen Unternehmerangriffe, Konterrevolutionspolitik, Naziterror. Organisiert Dorf- und Gutswehren. Vergeht dabei nicht Frauen und Jungen.
7. Rote Gutsräte sind der Zentralpunkt des Betriebes. Helft den Landarbeitern bei der politischen und technischen Vorbereitung der Gutsratswahl!
8. Faßt in den Versammlungen Resolutionen gegen den Krieg. Wählt Delegierte zum Antikriegskongress. Organisiert einhändige Proteststreiks gegen den Krieg. Im übrigen ist jede Aktion, jeder kleine Gutsstreik, jede Demonstration Antikriegsarbeit.
9. Kontrolliert die roten Gemeindevorteiler. Sie sind das Gesicht der Partei im Dorf. Helft ihnen bei der Stellung von Anträgen. Vergeht nicht, die parlamentarische Arbeit mit der außerparlamentarischen zu verbinden.
10. Schaff Parteizellen auf den Gütern, im Dorf (Vertrauensleute, Gutszellen, Dorfgruppen). Zeigt den sozialistischen Ausweg unter Führung der SPD., popularisiere die Ergebnisse der Oktober-Revolution und den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion!

## Bergarbeiterkammeraden!

## Lebt praktische Solidarität!

Die Kameraden der Konfordinergrube Hindenburg haben als erste Mate 5 Mark zur Unterstützung der streikenden belgischen Bergarbeiter überwiesen. Die Belegschaft der Luifengrube hat in der Betriebsversammlung ebenfalls beschloßen, den Streikkampf ihrer belgischen Klassengenossen auch durch Geldspenden zu unterstützen. Auf allen ober-schlesischen und niederschlesischen Grubenanlagen müssen die Kameraden für den Solidaritätsfonds sammeln!



# S. reits gegen das Verbot der tschechischen Roten Gewerkschaften

## Das Europäische Sekretariat der Roten Gewerkschafts-Internationale ruft zum Protest

Nach der Schließung der Zentrale in Prag sind auch die Roten Gewerkschaften in Brünn aufgelöst worden. Das Verbot löst große Protestaktionen aus. Ein Textilbetrieb in Mildenau (Nordböhmen) steht seit Bekanntgabe des Verbots im Streik, ebenso eine Reihe kleinerer Betriebe. In Prag, Brünn, Marienbad und Karlin fanden schon große Protestdemonstrationen statt. In Mährisch-Ostrow protestierten schärfstens alle proletarischen Massenorganisationen und Gewerkschaften sowie einige Gewerkschaftsgruppen in Kohlschichten und der Vertrauensmännereauschuss der Wittowitzer Eisenwerke, der ein Protesttelegramm an das Innenministerium abschickte.

Der Verband der Autochauffeure in Prag, der zur Sozialdemokratischen Gewerkschaftszentrale gehört, schloß sich den Protesten an.

In einem Aufruf des Europäischen Sekretariats der Roten Gewerkschaftsinternationale gegen das Verbot heißt es:

Nachdem die reaktionäre, tschechische tschechoslowakische Regierung, die den Massen vorläufig eine „demokratische“ zu sein und in der sieben Sozialdemokraten sitzen, vor wenigen Wochen die Internationale Arbeiterhilfe und die Rote Hilfe aufgelöst haben, wurde am 11. Juli der Schlag gegen die roten Verbände geföhrt, die Büros wurden befehrt, die Organisation für aufgelöst erklärt. Das geschah mit der frechen Lüge, die roten Verbände seien angeblich nicht angemeldet. Mit diesem erlogenen Argument hat die tschechische Polizei schon einmal 1929 versucht, die roten Verbände zu verbieten. Diese Lüge diente 1931 zum Verbot des roten Gewerkschaftskongresses. Das jetzige Verbot ist die Antwort der Bourgeoisie gegen die roten Verbände, denen es durch ihr zielklares Auftreten seit dem Oktober 1931 gelungen ist, eine Welle siegreicher Streiks zu entfalten, so bei den Bauarbeitern, Landarbeitern, Metallarbeitern und vor allem in dem großen Streik der Bergarbeiter in Nordböhmen der Bourgeoisie eine Niederlage beizubringen. Die Kämpfe in Freiwaldau und Brix entwickelten sich zu großen politischen Massenstreiks, bei denen sich die reformistischen und anderen reaktionären Gewerkschaftsführer offen als die Helfer der Bourgeoisie entlarvten.

Durch die siegreichen Abwehrkämpfe, in denen vielfach die Angriffe auf den Lohn und die sozialen Einrichtungen und die geplanten Massentatortlungen abgesehen wurden, wurden die Arbeiter anderer Berufe und Orte zu stärkerer Gegenwehr, zur Organisation des Massenkampfes ermuntert. Der Kampf in Nordböhmen hat das Prestige der revolutionären Gewerkschaften so gehoben und die verschiedenen reaktionären Gewerkschaften so in die Defensive gedrängt, daß die feigen und verräterischen reaktionären Gewerkschaftsführer jetzt in ihnen die Gefahr erblicken, nicht mehr die alte Rolle an der Seite der Kapitalisten beim Betrug der Arbeitermassen führen zu können. Kein Wunder, daß darum die mit der Bourgeoisie auf Gedeih und Verderb verbundenen sozialfaschistischen Führer als Minister dem Verbot zustimmten. Gleichzeitig versucht durch ihr Verbot der roten Verbände, die

## Französische Kriegsindustrie gründet Filialen in Ostasien

Die französischen Kriegslieferungen an Japan und an die chinesischen Kapitalisten haben einen so großen Umfang angenommen, daß die Hauptkriegsbetriebe in Frankreich beschloßen haben, eine große Verkaufsfiliale in Ostasien zu gründen. Die französischen Hüttengesellschaften De Wendel, Burbach und andere werden die Filiale finanzieren, die dann wieder weitere Niederlassungen in Ostasien gründen soll. Damit schafft sich der französische Imperialismus einen neuen Stützpunkt zur Unterdrückung der chinesischen Arbeiter und Bauern und zum Kampf gegen die Sowjetunion.

Theodor Plivier:

## Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

26. Fortsetzung

Die Jagdsten sind in der Ueberzahl und die Gewerkschafter sehen in Koske ihren alten erprobten Führer. Die Sorge vor einmarschierenden Truppen hat die meisten schon tagelang nicht losgelassen. Und jetzt, nach der Aktion und in der ausgezwungenen Untätigkeit, ist diese Sorge das Beherrschende geworden. Die Arbeiter sehen Kiel schon von Truppen umzingelt, und die Matrosenräte, die mit ihren Namen für die Bewegung verantwortlich zeichnen, sehen sich schon als verurteilte Hochverräter an den Rufen ihrer Schiffe baumeln.

Dann läßt Koske die Kleinmütigen wieder aufatmen:

„... natürlich, die politischen Forderungen, für die gekämpft worden ist, die müssen selbstverständlich erfüllt werden! Auch über die Amnestie wird die Regierung schon mit sich reden lassen!“

Er legt nochmals die Punkte der Regierung vor:

Die Delegierten sind jetzt bereit, darüber zu diskutieren. Diese Bereitschaft genügt Koske vollkommen. Er will noch gar keine Entscheidung; er will nur die Delegierten und die hinter ihnen stehenden tausendköpfigen Besatzungen beschäftigen, und er erklärt kategorisch: „Nein, jetzt keine Diskussionen. Geht in die Kasernen und auf die Schiffe zurück und sprecht erst mit euren Kameraden das hier Gehörte durch!“

So ziehen die Räte entmutigt aus der Sitzung ab, um mit ihren Kameraden zu diskutieren. Die Matrosenerhebung ist endgültig von Aktionen abgelenkt und auf Versammlungen lokalisiert worden.

Koske hat die hohe Schule der Sozialdemokratie hinter sich. Von außen kann man Massenbewegungen nicht beeinflussen. Eintreten und sich an die Spitze stellen, das ist die während des Krieges in den großen politischen Streiks erprobte Taktik, in Strausberg, im Leunawerk, in Wien, beim Metallarbeiterstreik in Berlin, überall erfolgreich von Sozialdemokraten im Interesse der Vaterlandsverteidigung praktiziert. Und in allen diesen

Bourgeoisie den Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie auf die Massen weiter zu sichern, um damit ihre soziale Hauptstütze innerhalb der Arbeiterklasse zu retten.

Das Verbot erfolgt gerade in dem Augenblick, wo die Kapitalisten einen neuen Angriff auf die nordböhmschen Bergarbeiter vorbereiten, um mit größerem Erfolg die Arbeiter schlagen zu können, und wo die roten Verbände als einzige Gewerkschaft die Massen zum Kampfe mobilisieren.

Der Kampf um die Verteidigung der roten Gewerkschaften ist eine der wichtigsten Teile des Kampfes des ganzen tschechischen Proletariats um Arbeit, Brot und Freiheit. Proletarier aller Nationen der Tschechoslowakei, ihr Arbeiter aus allen Orten, aus allen Berufen, aus allen Verbandsrichtungen, schließt euch zur roten Einheitsfront zusammen. Macht den Streich eurer Unterdrücker gegen die roten Verbände

# Paris enthüllt: Youngpatt bleibt!

## Kriegsbündnis Frankreich—England gegen die Sowjetunion in Lausanne

Frankreich veröffentlicht das „Gentleman-Agreement“ (Vertrauensvolle Uebereinkommen), das in Lausanne zwischen Frankreich, England, Belgien und Italien getroffen, wonach der Lausanner Pakt erst in Kraft tritt, nachdem eine zufriedenstellende Schuldenregelung mit Amerika getroffen wurde. Der entscheidende Passus lautet:

„In dem Falle, in dem eine Regelung der Schulden nicht erzielt werden kann, wird das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiziert werden. Dadurch würde eine neue Lage entstehen und die interessierten Regierungen würden sich darüber einigen, was zu geschehen hat. In diesem Falle wird die Rechtslage aller interessierten Mächte wieder die werden, die vor dem Hoovermoratorium bestanden hat.“

Der englische Außenminister Sir John Simon machte am Mittwoch (13. Juli) im Unterhaus die aufsehenerregende Mitteilung, wonach in Lausanne hinter den Kulissen ein imperialistisches Bündnis zwischen Frankreich und England abgeschlossen wurde. Perriot teilte das gleiche in Paris mit.

## Zodesgefahr für Genossen Ruegg und Frau

### Rettet sie in letzter Stunde!

Die Neuter-Agentur meldet aus Hanking, daß der nunmehr dreizehntägige Hungerstreik die Genossen Ruegg und Frau bereits so geschwächt hat, daß akute Lebensgefahr besteht. Von Shanghai sind amerikanische Aerzte an das Krankenbett des Genossen Ruegg gerufen worden.

Der internationale Proletkurm hat den chinesischen Justizminister Lowentan gezwungen, zu diesem Justizskandal öffentlich Stellung zu nehmen. Lowentan versucht die Verbrechen der Henkerregierung zu rechtfertigen und verlangt außerdem, daß die Klagen ihrer Verteidiger beraubt werden müssen, da nach chinesischem Recht ausländische Rechtsanwält die Verteidigung von Angeklagten nicht übernehmen können.

Der Ministerprotekt hat nunmehr die ganze chinesische Öffentlichkeit aufgewühlt. Unter Vorbehalt der Witwe Sun Yat Sens hat sich ein Verteidigungskomitee gebildet, dem zahlreiche in Shanghai lebende international bekannte Intellektuelle angehören. Die Zeitung „China Press“ schreibt, daß der Ruegg-Protekt „einem zweiten Fall Sacco und Vanzetti gleichkommt!“

In Shanghai schließen sich der Kampagne zur Verteidigung der Genossen Ruegg immer neue Persönlichkeiten an, wie auch die Massenbewegung der Shanghaiarbeiter einen immer größeren Umfang annimmt. Bei einer Demonstration für Ruegg wurden viele Arbeiter verhaftet.

Fällen war die Aufgabe ungleich schwieriger; dort hatten die Führer es mit politisch geschulten Arbeitern zu tun. Hier sind es Matrosen, die als Zwanzigjährige in die Marine eingetreten sind, die weder gewerkschaftliche noch politische Erfahrung besitzen.

Nur die Unabhängigen machen Koske einige Schwierigkeiten. Aber sie haben ihm keinen ebenbürtigen Kopf entgegenzusetzen. Und Haase ist noch immer nicht in Kiel eingetroffen.

Und doch geht die Bewegung weiter. Abends treffen neue Meldungen ein: Soldatenräte in Rendsburg, in Lübeck, Schleswig, Schwerin, Cuxhaven, Brunsbüttel.

Und der Abgeordnete Koske, der die Bewegung nicht geführt, der sich ihrer Ausbreitung entgegengestellt hat, läßt sich höher tragen. Er ruft die Gewerkschaftsfunktionäre und die Parteiführer Kiels zusammen und schlägt sich zum Gouverneur der Festung Kiel vor. Der alte parlamentarische Kuhhandel um Machtpositionen wird auch hier aufgenommen. Der Unabhängige Popp verlangt als Gegenleistung den Vorsitz des Soldatenrats, den Koske ihm gern überläßt.

Am nächsten Tag rücken 800 Vertrauensleute an. Die Diskussionen auf den Schiffen gingen über die von Koske vermittelten „fünf Regierungspunkte“ weit hinaus, und die Delegierten sind heute entschloßen, ihre weitergehenden Forderungen auch gegen Koske durchzudrücken. Die Stimmung gegen Koske ist im Wachsen.

Aber Koske kommt der Opposition zuvor. Er eröffnet die Sitzung und teilt mit:

„Lübeck, Bremen, Cuxhaven, Rendsburg, Flensburg haben sich uns angeschlossen und ebenfalls einen Arbeiter- und Soldatenrat gebildet!“

Die Matrosen brechen in stürmischen Beifall aus. Koske muß sich erst wieder Gehör verschaffen. Er hebt seine Hand und fährt dann fort:

„Weiter habe ich mitzuteilen, daß alle aus Anlaß der vorjährigen Bewegung Verurteilten freigelassen worden sind...“

Das stimmt, ebenso wie die gestern vorgelegten „fünf Regierungspunkte“, nur zum Teil; aber es ist eine Nachricht, die einschlägt!

Die Matrosen springen von ihren Plätzen auf. Einer brüllt von einem Tisch herunter:

„Unsere Kameraden von 1917 — Hurra!“

durch eure gemeinsame Aktion hinfällig. Antwortet den Feinden der Arbeiterklasse mit einem alle reaktionären Pläne vernichtenden Gegenschlag.

Proletarier der anderen Länder! Erhebt eure Stimmen mit den Proletariern der Tschechoslowakei zu wichtigen Protest!

Seid auch ihr auf der Hut!

Was man heute in Prag tut gegen die roten Verbände, das werden eure Ausbeuter euren Organisationen morgen in Paris, Berlin, in Wien, Brüssel usw. ebenfalls tun. Nur eure ständige entschlossene Kampfbereitschaft, nur die von euch zum Kampf geschaffene rote Einheitsfront schützt euch vor den Gewalttätigkeiten der Reaktion. Insbesondere müssen die Proletarier Deutschlands, Polens und der Tschechoslowakei einen festen Einheitsfrontblock bilden und in gemeinsamer Front ihren Ausbeutern entschloßen entgegentreten.

Nieder mit dem Verbot der roten Verbände in der Tschechoslowakei!

Nieder mit den Aushungerungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Feinde der Arbeiterbewegung!

Es lebe der Kampf für die Freiheit der Arbeiterkoalition!

Es lebe der Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit!

Rüftet zum Massenstreik!

## Südamerika im Aufruhr

Rio de Janeiro, 13. Juli. Der brasilianische Aufstand, der im Staat Sao Paulo ausgebrochen ist, hat sich sehr schnell auf andere brasilianische Gliedstaaten ausgebreitet. Die Truppen und Polizeikräfte der Staaten Mato Grosso, Parana, Santa Catharina, Rio Grande do Sul und Minas Geraes haben sich den Aufständischen zum großen Teil angeschlossen. Die Aufständischen berichten bereits von dem vollständigen Erfolg der Revolution. Der bisherige bundesstaatliche Vermittler in Sao Paulo hat dort die Regierung übernommen. Flugzeuge der Aufständischen flogen am Dienstag über Rio de Janeiro und warfen Flugblätter ab, in denen erklärt wird, daß sich über 30 000 Mann der Revolution angeschlossen hätten. Sämtliche Häfen der aufständischen Staaten sind durch Verordnung des Präsidenten Vargas geschlossen worden. Die Regierung hat weitere Truppen gegen die aufständischen Staaten ausgesandt.

Während hier in Brasilien das Proletariat mit seinen eigenen Klassenforderungen noch nicht auf den Plan getreten ist, gehen in Peru und Chile große wirklich revolutionäre Ereignisse vor sich. In Peru befand sich die Stadt Trujillo einige Tage in den Händen aufständischer Arbeiter. Nach ihrer Niedererschlagung durch einige Regimenter Truppen und zwei Kriegsschiffe ist jetzt der Oberste Gerichtshof eingeleitet worden, weil der Artilleriekommandant der Stadt und ein anderer hoher Offizier im Verlauf der Kämpfe erschossen worden sind.

In Saint Louis (USA) demonstrierten 5000 Arbeitslose unter Führung des Erwerbslosenrates und zwangen die Stadtwaltung, Nahrungsmittel zu verteilen. Die Polizei feuerte, tötete vier Demonstranten und verwundete zahlreiche andere.

„Hurra!“ brüllten die achthundert Delegierten.

Vor dem Gebäude steht wie immer Kopf an Kopf gedrängt die Menge. Ein Fenster wird aufgerissen.

Einer der Delegierten ruft herunter:

„Eine frohe Nachricht! Unsere Kameraden, die seit 1917 in den Zuchthäusern schmachten...“

Er kann nicht zu Ende sprechen; die unten erraten die Nachricht schon. Mützen werden von den Köpfen gerissen. Ein braulendes Hurra umbrandet das Haus. Es dauert einige Zeit, bis im Saal wieder einigermaßen Ruhe eingetreten ist.

Koske ist seiner Sache sicher.

Er grinst über das ganze Gesicht:

„Gestern ist der Genosse Popp, Mitglied der Unabhängigen Partei, dem Soldatenrat zugewählt worden. Ich erteile dem Genossen Popp das Wort zu positiven Vorschlägen für unsere Organisation!“

Nur wenige kennen Popp — aber einer von der USP., das legitimiert ihn bei den Kulis! Und daß Koske dem USP.-Mann bereitwillig das Wort erteilt, das verhöhnt viele von denen, die heute gegen Koske auftreten wollten.

Auch Papendieck gehört zum Soldatenrat.

„Koske ist doch eine wichtige Kraft!“ jagt er.

„Bleibe doch etwas zu vorsichtig!“

„Der will auf ganz sicher gehen!“

„An der Spitze können wir auch keinen brauchen, der unvorsichtig ist, es geht doch ums Ganze!“

„Aber heute ist Schwung da!“

„Jetzt geht's richtig los!“

„Wir schaffen es doch noch!“

Der Unabhängige, Lothar Popp, der nach den Abmachungen vom Abend vorher seinen Soldatenratsitz nur um den Preis des Gouverneurpostens für Koske erhält, feuert ohne Umwege auf das Ziel los: „Genossen, ich schlage zu allererst vor, den jetzigen Gouverneur Souchon abzugeben, damit der Verwaltungsapparat endlich in Bewegung kommt. Es haben sich bereits eine Menge Offiziere und Beamte gemeldet und sogar ein Admiral, die sich dem U- und S-Rat unterordnen wollen. Als neuen Gouverneur schlage ich den Reichstagsabgeordneten Genossen Gustav Koske vor!“

Die Arbeiterklasse



**Ausschneiden!**

**Weitergeben!**

**Ankleben!**

# Nationalsozialismus Todfeind der Arbeiterklasse!

**Wir reißen den nationalsozialistischen Volls betrügern die Mäste herunter!**

## Die Naziführer vom Kapital gekauft!

Es ist eine Tatsache, daß die Hitler-Partei Millionen und aber Millionen Mark erhalten hat und erhält von Industriellen und Bankmagnaten, von Großagrarern und ehemaligen Fürsten!

Warum unterstützen die Ausbeuter und Schmaroher die Hitlerpartei mit so ungeheuren Geldsummen? Doch nicht dafür, damit sie die Interessen des wertvollen Volkes gegen die Ausbeuter und Schmaroher vertritt, sondern umgekehrt: damit sie die Interessen der Ausbeuter gegen die Interessen des arbeitenden Volk durchsetzt!

Die NSDAP. ist eine Partei des Kapitals!

Die Führer der Hitlerpartei haben riesige Einkommen, die ihnen aus den Geldschränken der Reichen zufließen! Sie sind materiell interessiert daran, daß der Reichtum und die Ausbeutung geschützt und gesichert werden. Sie sind gekauft vom Kapital!

Die ganze Politik der Hitlerpartei versteht man nur, wenn man weiß:

Die deutsche Kapitalistenklasse hat die Hitlerpartei geschaffen und groß gemacht, damit sie ihre kapitalistischen Ausbeuterprofite gegen die Revolution des arbeitenden Volkes schützt!

Die NSDAP. will

## Herunter mit den Löhnen!

Am 23. Dezember 1930 erließ er damalige Thüringische Innenminister Fried, der Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, eine vertrauliche Verfügung an alle Thüringischen Gemeinden und Gemeindeverbände, in der er ihnen befahl, die Löhne und Gehälter abzubauen:

„Wir erteilen daher Anweisung, unter genauer Einhaltung der für den Staat geltenden Bestimmungen, den sämtlichen Angestellten zu kündigen und dafür zu sorgen, daß auch etwaige Vergütungsstarife bis zum 31. Januar gekündigt werden.“

Außerdem sind die Lohnstufen für die Kreis- und Gemeindearbeiter zum 31. März 1931 zu kündigen; desgleichen jedem einzelnen Arbeiter.“

Genau so wie Fried in Thüringen, so haben auch die nationalsozialistischen Minister Franzen und Klages in Braunschweig die Löhne und Gehälter abgebaut!

Im „Völkischen Beobachter“ (31. Juli 1931) schrieb ein gewisser Otto Krenz:

„Wir müssen uns das Kapital, das heute fehlt, in harter Arbeit wieder verschaffen. Mehr arbeiten und weniger verbrauchen!“

Die nationalsozialistischen Truttkönige (Thyssen) und Großagrarier gehen im Lohnabbau voran. Darüber schrieb in der „Schwarzen Front“ Otto Straßer (31. Oktober 1931):

„Der Rittergutsbesitzer Peter Prejenske, Witow auf Rüben, Pq. natürlich, beschäftigt 24. Leute und polnische Schnitter. Er zahlt den armen SA-Leuten und Pgg. für den Morgen Zuckerrüben zu ersten 15 Mark. Dagegen zahlt er den polnischen Schnittern pro Morgen 18 Mark.“

Die Kapitalisten und Junker finanzieren die Hitlerpartei, damit sie ihnen hilft beim Abbau der Löhne und Gehälter!

## Nazi-Führer verbieten das Streiken!

Weil sie vom Kapital gekauft sind

Im „Illustrierten Beobachter“ (27. 6. 31) sagte Hitler, daß „ein Arbeiter wider den Geist einer wirklichen Volksgemeinschaft ist und, wenn er ohne Rücksicht auf das gemeinsame Wohl und den Bestand einer nationalen Wirtschaft, gestützt auf seine Macht, erzpresserische Forderungen stellt.“

Im Herbst 1931 verbandte die Gauleitung der NSDAP. Köln-Machen, ein Rundschreiben, in dem es hieß:

„Die NSD. geht in einigen Teilen Deutschlands zur Streikheke über und versucht, auch die Mitglieder der NSD. zur Beteiligung zu veranlassen. Es wird hierdurch eindringlich vor diesen kommunistischen Machenschaften gewarnt und ist eine Beteiligung der Nationalsozialisten an diesem wilden blöden Streik der NSD. verboten.“

Während des Oktoberstreiks der Ruhrbergarbeiter 1931 erließ der Essener Gauleiter der Nazis, Terhoben, folgenden Befehl:

„Die Partei hat sich bereitzuhalten, um sich gegebenenfalls der Polizei im Kampfe gegen die streikenden Bergarbeiter zur Verfügung zu stellen.“

Derselbe Nazi-Gauleiter Terhoben erließ in der Essener „National-Zeitung“ (30. 12. 31) folgenden Befehl:

„... daß kein Nationalsozialist Veranlassung hat, sich an diesem von A bis Z unfruchtigen Unternehmen zu beteiligen. ... Da wir jeden wilden kommunistischen Streik ablehnen, lehnen wir auch diesen roten Streik ab, weil er nichts anderes ist als eine Provokation der deutschen Arbeiterschaft.“

In jedem Betrieb stellt die antifaschistische Einheitsfront her! Bildet rote Einheitsausschüsse! Schafft Betriebs-Staffeln des roten Massenselbstschutzes!

## Nazi-Arbeiter

**sollen Unternehmern treu sein!**

**Wozu die Betriebszellenorganisation der NSDAP. dienen soll**

Die „Vertraulichen Richtlinien der Reichsbetriebszellenabteilung“ der NSDAP., die im April 1932 durch einen Zufall der Öffentlichkeit bekannt wurden, zeigen, welche Rolle die Nazis der Arbeiterschaft angedacht haben:

„Ebenfalls können bei Streiks keine Unterstühtungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streiks wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Pq. Arbeitgeber zu zerstreuen.“

Werden eigene Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitende Beamte (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form.“

Jeder Nationalsozialist ist ferner verpflichtet, im Betriebe jeden marxistischen Funktionär, gleichgültig

welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgendmöglich, muß versucht werden, von jedem dieser Leute eine Photographie zu verschaffen. . . .

Ist der Arbeitgeber Pq., so steht demselben das Recht zu, fortwährend auf dem laufenden gehalten zu werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach von allen schädlichen Elementen gesäubert werden und eine große Anzahl Pgg. in den Betrieben Arbeit finden wird. . . .“

Streikbrecher, Spitzel, Denunzianten: Das ist die Rolle, welche die Naziführer den Nazi-Arbeitern im Betriebe zumuten! Psst, Teufel!

## Im „Dritten Reich“: Todesstrafe für Streik!

**Zur Sicherung des Kapitalisten-Profits**

Als im Oktober 1923 Hitler seinen Putsch in München machte, hatte er bereits die Gesetze fertig im Pult liegen, die er im Falle der Machtübernahme erlassen wollte. Auf Seite 13 eines seiner Gesetzentwürfe hieß es:

„Aussperrungen und Arbeitsentstellungen werden mit dem Tode bestraft. Die gleiche Strafe trifft jeden, der dazu aufruft, anwetst oder dazu zu verleiten sucht.“

In dem Boxheimer Dokument, dem Entwurf des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Best, heißt es:

„Jeder im Dienst der öffentlichen Behörde oder der öffentlichen Verkehrsanstalten stehende Beamte, Angestellte und Arbeiter hat sofort seinen Dienst wieder aufzunehmen. Widerstand und Sabotage wird mit dem Tode bestraft.“

Der Nationalsozialist Dr. A. Pfaff schreibt in seiner Broschüre „Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich“ (Seite 20):

„Aussperrung wie Streik lehnen wir als gesetzwidrig ab und werden alle dafür Verantwortlichen unter schwerste Strafen stellen.“

Durch Raub des Streikrechts sollen die Arbeitermassen der Diktatur des Ausbeutertums wehrlos ausgeliefert werden; da ist es natürlich bloße Demagogie, Aussperrungen zu verbieten; wenn der Arbeiter sowieso kein Recht hat, hat der Unternehmer nicht nötig, auszusperrn!

Der Raub des Streikrechts macht den Arbeiter völlig zum Sklaven des Kapitalisten! Das wollen die Naziführer! Dafür werden sie vom Kapital bezahlt!

**Nieder mit dem Nationalsozialismus!**

## Schließt euch zusammen in der Antifaschistischen Aktion!

## Die Hitlerpartei will die Sozialpolitik zerbrechen!

**Sozialrentner sind „Faulenzer und Spitzbuben“**

„Es ist nicht angebracht, für Unheilbare, für Krüppel und Sieche Millionen von Mark aus der Allgemeinheit herauszunehmen.“

Abgeordneter Merl im Badischen Landtag, 20. 2. 30.

„Die Sozialgesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Befähigten.“

Dr. Wagner in einer Versammlung in München, 4. 7. 30.

„Wir sind grundsätzlich Gegner des heutigen Systems der Sozialversicherung.“

Dr. Wagner in einer Düsseldorfer Versammlung, 7. 11. 32.

„Die Sozialrentner sind Faulenzer und Spitzbuben, die in den Wald gehen und Holz stehlen. Sie kollern bis früh um 4 Uhr im Wirtshaus herum und kloppen Skat.“

Nazi-Abgeordneter Wald im Mauerer Bezirkstag.

„Die Sozialversicherung dieses schlimme Erbteil des Bismarckschen Versuchs eines Staatssozialismus, die den „Wohlfahrtsstaat“ von heute zu diesem unerträglichen Steuerdruck zwingt. . . .“

F. W. Heinz im „Völkischen Beobachter“, 2. 2. 1929.

„Die Krankenversicherung ist ein zweifelloscher Feingriff.“

Dr. Bäumer im „Völkischen Beobachter“, 19. 5. 1931.

„Die Krankenversicherung ist . . . ein Mittel zur Heranzüchtung angeblicher Krankheitsfälle und gleichzeitig ein Mittel zur Demoralisierung der Ärzte sowohl wie der Kranken.“

Dr. A. Pfaff: „Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich“, Seite 21.

## Arbeitsdienstplicht — ein Sklavenheer!

Der Nazi-Führer Oberst a. D. Hierl hat am 23. Mai 1932 in Berlin einen Vortrag über Arbeitsdienstplicht gehalten, der im nationalsozialistischen Verlag Franz Eher, München, gedruckt erschienen ist. Darin wird sehr klar ausgesprochen, was die Nazis mit der Arbeitsdienstplicht wollen:

Der Arbeitsdienst soll eine „große Erziehungsschule“ sein, um das deutsche Proletariat mit nationalsozialistischem Gift zu versetzen, er soll eine Ergänzung des militärischen Dienstes sein. (Seite 7.)

Der Arbeitsdienst ist nur für das wertvolle Volk,

die Reichen können sich davon durch eine „Steuer“ loskaufen! (Seite 9.)

Für die „höheren Berufe“ (Ärzte, Ingenieure, Techniker usw.) ist eine einjährige Dienstzeit vorgesehen; die Wertfähigen aber sollen zwei volle Jahre dienen!

Die Arbeitslosen sind vollkommen rechtlos; die arbeitsrechtlichen Bestimmungen über Betriebsräte, Tarife, Arbeitszeit finden auf den AD. natürlich keine Anwendung. (Seite 10.)

Der Arbeitsdienst ist eine Sklavenarbeit

„Der Arbeitsdienstplichtige erhält keinen Lohn, sondern Unterkunft, volle Verpflegung, Kleidung, Wäsche und ein tägliches Taschengeld von 30 bis 50 Pfennig.“ (Seite 10.)

Das sind billige Sklaven für den Kapitalismus! Damit sie aber auch willig sind, werden sie einer militärischen Disziplin und einem militärischen Strafrecht unterworfen:

Kasernenmäßig untergebracht, sollen sie sich von ausgeblentem Unteroffizieren und Offizieren des Heeres schinden lassen; jedes kleine Vergehen wird schwer bestraft.

„Für schwer vorbestrafte oder besonders widersehlige Arbeitsdienstplichtige sollen eigene „Besserungsabteilungen“ gebildet werden.“

Also Strafkompagnen wie im alten preußischen Heer gibt es auch!

Damit die Zustände in diesem Sklavenheer verheimlicht werden und nicht zu offener Rebellion führen, wird beabsichtigt, daß jeder mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft wird, der in Wort, Schrift oder Bild den Arbeitsdienst kritisiert!

Arbeitslose, laßt euch nicht zu Sklaven des deutschen Kapitalismus machen! Kämpft in den Reihen der Antifaschistischen Aktion gegen die nationalsozialistischen Grundzüge des Ausbeutertums!

## Die Arbeitslosen sollen verhungern!

„An sich ist es nicht Staatsaufgabe, arbeitsfähige Menschen auf Staatskosten zu ernähren.“

Gottfried Feder im „Programm der NSDAP.“

„Wir erleben die Demoralisierung eines ganzen Volkes. Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitslos, man kann schon von einer Arbeitsflucht reden, selbst die fleißigsten Elemente werden angesteckt. Ein Volk verlernt zu arbeiten.“

„Völkischer Beobachter“, 4. März 1931.

„Die Arbeitslosenversicherung hat sich gerade dahin ausgewirkt, daß sie nicht mehr nur eine segensreiche Einrichtung ist zur Erhaltung derer, die bei aller Arbeitswilligkeit eine Betätigung nicht finden können, sondern daß sie von allen Arbeitslosen ausgenutzt werden mußte als eine willkommene Ausbeutungsmöglichkeit der Volksgemeinschaft.“

Dr. A. Pfaff: „Der Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich“, Seite 23.

Diese Seite ist entnommen aus der Zeitung „Der Rote Wähler“, Mitteilungsblatt der Kommunistischen Reichstagsfraktion.



# Helft den streitenden belgischen Bergarbeitern!

## Die beste Solidarität ist die Organisation der antifaschistischen Aktion in den Betrieben!

Die belgischen Bergarbeiter haben sich gegen den von den Großkapitalisten beabsichtigten Lohnraub, mit dem die reformistischen Gewerkschaftsführer einverstanden waren, zur Wehr gesetzt.

Insgesamt streiten jetzt über 150 000 Arbeiter. In einigen Gebieten ist der Generalstreik ausgebrochen.

Mit Betrug und dem schärfsten Terror sollen die Streikenden niederge schlagen werden. Man hat zu diesem Zweck Polizei und Militär gegen die kämpfenden Kameraden eingesetzt.

Die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, welche sich erst an die Spitze des Streiks stellen wollten, um denselben abzuwürgen, versuchen jetzt krampfhaft, eine Verbreiterung zu verhindern. Sie verweigern ausländischen Kameraden die Unterstützung.

Die deutschen Unternehmer wittern bereits neue Absatzgebiete. Sie werden versuchen, durch Kohlen- und Holztransporte aus unserem Revier, den Kampf der belgischen Kameraden zu brechen. Besonders kommen dabei die Schachtanlagen mit Kanalanstößen in Betracht.

### Kameraden! Bergarbeiter!

Kontrolliert eure Kohlentransporte! Keine Tonne deutsche Kohle nach Belgien! Der heldenhafte Kampf der belgischen Kumpels ist auch der unsere. Fahrt in allen Belegschaftsversammlungen Sympathiebeschlüsse und Telegramme. Keine Belegschafts- oder Bergarbeiterversammlung, in der nicht zu dem Kühnen und mutigen Au-

treten der belgischen Kameraden Stellung genommen wird. Denkt an den englischen Bergarbeiterstreik! Verhindert ein neues 1926!

Kameraden des Bergbau-Industriearbeiterverbandes, des christlichen Gewerkschafts! Fordert sofort die Einberufung von Zahlstellenversammlungen und beschließt praktische Solidaritätsmaßnahmen. So unter anderem Ueberweisung von Geldbeiträgen aus der Lokalkasse. Fordert vom Vorstand finanzielle Unterstützung für die Streikenden.

Die wirksamste Unterstützung der Streikenden ist die Entfaltung der antifaschistischen Aktion auf breiter Einheitsfrontgrundlage.

Formiert die antifaschistische Einheitsfront zum Kampf gegen die Einführung der Reichsbesoldungssteuer, Massenentlassungen, gegen Urlaubskürzung und Abbau der Kurzarbeiterunterstützung, des Krankengeldes und der Knappschaftsrenten.

Gegen den kapitalistischen Ausweg — Faschismus, Hunger und Krieg!

Für den revolutionären Ausweg — für Brot, Arbeit und Freiheit!

Schmiedet die antifaschistische Einheitsfront!

Stärkt den Kampfesmut der belgischen Bergarbeiter, tragt die antifaschistische Aktion in die Betriebe, holt auch ihr zum Schlag gegen eure Feinde aus!

Es lebe der Kampf und Sieg der belgischen Bergarbeiter!

Hauptvorstand des GHD.

Reichsleitung der AGD.

Industriegruppe Bergbau.

Kollegen, was eure Partei täte oder zu tun beabsichtigt, um die völlige Verelendung der Arbeitslosen zu verhindern? — Davon, daß sie den Arbeitslosen sagt, sie sollen am 31. Juli sozialdemokratisch wählen, wird doch der Unterstühtungsabbau nicht abgewandt, sondern im Gegenteil, dadurch hilft die SPD. den Papen-Schleicher ihren Unterstühtungsabbau in Ruhe durchzuführen. Notwendig aber ist die Mobilmachung aller Stempelstellen, die Organisation von Kampfaktionen der Arbeitslosen, die antifaschistische Front für die Abwehr des Unterstühtungsabbaus!

Genossen, schneidet euch diese Fragen aus, und nehmt sie mit in die Betriebe und Stempelstellen! Diskutiert sie mit euren sozialdemokratischen Kollegen und werbt unermüdet für die antifaschistische Aktion!

### Nazis, Feinde des Mittelstandes

Durch die erste Notverordnung der Regierung Papen wird bestimmt, daß künftig wieder die kleinen Umsatztsteuerpflichtigen, die bisher die Steuer bei einem Umsatz bis zu 5000 Mark nicht abzuführen brauchten, die Steuer zahlen müssen.

Da sich diese Schichten des werktätigen Volkes mit Ingrimm gegen die Nazis richteten, weil die ja die Papen-Regierung in den Sattel gehoben und unterstützt haben, versuchten die Nazi-Führer, durch freche Demagogie ihre Schuld an der Verelendung der kleinen Mittelständler und Bauern abzulügen und die Notverordnung Papens zu kritisieren. Der „Wälfische Beobachter“ (25. 6. 32) schrieb heuchlerisch:

„Wenn man sich vor Augen hält, daß Umsatz und Gewinn sich naturgemäß absolut nicht bedecken, daß bei einem Jahresumsatz von 5000.—, wenn überhaupt, ein derartig kleiner Gewinn übrig bleibt, daß der Gewerbetreibende davon gar nicht existieren kann, dann ist man über diese Maßnahme entsetzt. An Stelle eines steuerlichen Mehraufkommens von zirka 100 Millionen wird ein weiterer Steuerhunger eintreten und, was das aller schlimmste ist, der Ruin von Tausenden kleiner Existenzen, die sich bis jetzt nur mit Aufbietung aller Kräfte und der allergrößten Sparfamkeit halten können.“

### Stich und Hieb

in der antifaschistischen Aktion ist organisierter Litvertrieb

Jeder Parteiarbeiter macht in der Wahlkampagne die größten Anstrengungen, die Agitation und Propaganda durch einen planmäßigen Literaturvertrieb zu unterstützen. Dabei sind folgende Neuererscheinungen besonders zu beachten:

„Die rote Einheitsfront“, das Diskussionsorgan, in dem jeder Arbeiter ohne Unterschied seiner Parteizugehörigkeit schreibt, wie die Einheitsfront des Kampfes gegen Hunger und Faschismus gebildet wird. Bringt sie an jeden SPD-Arbeiter heran.

Woher nehmen...? enthält unser Arbeitsbeschaffungsprogramm. 25 Punkte des Programms der NSDAP. eine Broschüre, die sich mit dem Hitlerfaschismus auseinandersetzt und in Massen an die SA-Arbeiter gelangen muß. Außerdem ist eine weitere antifaschistische Broschüre in Bearbeitung.

Handbuch der kommunistischen Fraktion Tatsachenmaterial, das jeder Kommunist braucht.

Was will die SPD? Zweite verbesserte Auflage. Der reißlose Vertrieb der Broschüre beweist, daß ihr Inhalt geeignet ist, sich den Weg in die Massen zu bahnen.

### Die Hitler-Partei — Inflationspartei!

## Ein neues Inflationsbekenntnis der Nazis

Auf einem „Schulungsabend“ der „nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ in Hamburg erklärte am 20. Juni der Referent Dr. Schreier:

„Insbesondere sollen die Pg. vermeiden, über währungspolitische Fragen zu sprechen: Man wird nämlich im Dritten Reich die heutige Goldwährung verlassen und ein — nach gegenwärtig geltenden Begriffen — ungedecktes Geld herausgeben. Wenn man dies jetzt ohne weiteres in der Öffentlichkeit erzählen würde, so besteht die Gefahr, daß sich breite Volkskreise von der NSDAP. als der Partei der Inflation abwenden.“

Tragt diesen neuen Beweis für die Inflationspläne über das ganze Reich! Inflation heißt Vernichtung von 10 Milliarden Mark der kleinen Sparrer! Inflation heißt Hungerlöhne für die Arbeiter, Angestellten und Beamten!

### Die Hitler-Partei ist Inflationspartei!

Keine werktätige Stimme der Inflationspartei!

## Wählt Liste 3, Kommunisten!

### Frage

deine SPD-Kollegen:

1. Billigen die sozialdemokratischen Kollegen den neuen Erlaß des preussischen Innenministers Sebering?

In diesem Erlaß wird angeordnet, daß alle Demonstrationen verboten werden sollen, wenn die Polizei glaubt, daß ihre Kräfte für die „Sicherheit“ der Demonstration (auch des Au- und Abmarches) nicht „ausreichen“. Diese Begründung wird künftig all den reaktionären und faschistischen Polizeipräsidenten und Bürgermeistern dazu dienen, die Demonstrationen der Arbeiterklasse zu verbieten! Sebering bestimmt ferner, daß die Polizei „gegen das unbefugte Führen von Waffen in jedem Falle unnahsichtlich vorgehen“ soll. Es wird also nicht danach gefragt, ob die Arbeiter sich gegen den Mordterror des Faschismus in Notwehr befinden; es genügt, daß ein Arbeiter, von Hitlerbanden angegriffen, eine Eisenstange ergreift, um sie abzuwehren — dann fällt dies unter den Begriff „Waffe“, und die Polizei hat „unnachsichtlich“ gegen ihn vorzugehen. Jeder Arbeiter, der sich in Notwehr gegen die braunen Mordgeißeln irgendeiner „Waffe“ bedient, kann gemäß dem neuen Sebering-Erlaß in Polizeihaft bis zu drei Monaten genommen werden! Dieser ganze Erlaß des sozialdemokratischen Polizeiministers richtet sich mit aller Schärfe gegen die Arbeiter und ihren Kampf gegen den Faschismus. Dem entspricht auch, daß Sebering in einem Appell den Massen selbst in dem Proletariats verhöhnt und verurteilt, indem er sagt: „Man spricht von Selbstschutz, aber der beste Selbstschutz ist die Selbstjudt.“ Das paßt wunderbar zu der Parole der SPD-Führer von Eckernförde „Geht haden!“, was bekanntlich zwei sozialdemokratischen Arbeitern das Leben kostete! Dieser ganze Erlaß Seberings ist nichts anderes als ein Entgegenkommen und Anbiederei der SPD-Führer an die Regierung Papen-Gahl und eine neue Unterstützung des Faschismus gegen die Arbeiterklasse!

2. Warum führt die SPD. in den Ländern und Gemeinden die Papen-Notverordnung rückwärts durch, während sie gleichzeitig vor den Arbeitern diese Notverordnung mit radikalen Phrasen „bekämpft“?

Diese Tatsache haben doch jetzt alle SPD-Arbeiter vor Augen! Sie sehen, daß auch jene Regierungen, in denen SPD-Minister führend sind, und jene Gemeinden, in denen die SPD. regiert, die ungeheuerlichen Bestimmungen der Papenverordnungen genau so durchführen wie die Nazis. Dazu auch die Tatsache, daß im Reichsrat die SPD-Minister dem Etat Papens, der auf den Notverordnungen beruht, genau so zugestimmt haben wie die Nazis. Dazu auch die Tatsache, daß im Reichsrat die SPD-Minister dem Etat Papens, der auf den Notverordnungen beruht, genau so zugestimmt haben wie die Nazis! Das ist die „Einheitsfront“, die sie wollen! — Aber ihr, sozialdemokratische Kollegen, könnt diese Sorte „Einheitsfront“ nimmermehr wünschen, sondern eure Einheitsfront ist die rote!

3. Was tut die SPD. gegen den ungeheuerlichen Abbau der Arbeitslosenunterstützungen, der in den nächsten Wochen in Kraft tritt?

Habt ihr schon irgend etwas vernommen, SPD.

Eine gute alte Bekannte:



# Rapidität No 200

die schlesische Volkszigarette-jetzt wieder überall zu haben



# Heute in allen Orten Aufmarsch

der Antifaschistischen Aktion, des roten Massenselbstschutzes und aller antifaschistischen Helfer! -

Gegen die Reichen, für die Armen! - Gegen Arbeiterverrat und Hindenburg-Politik, für die rote Einheitsfront mit den SPD.- und allen anderen Arbeitern! Gegen den Faschismus, für den Sozialismus!

## Arbeiter, kämpft Klasse gegen Klasse!

# Betriebsarbeiter gehen in Lumpen und hungern

Die Teilhaber und Direktoren der Rodersdorfer Werke streichen tiefige Gehälter und Dividenden ein, sie wohnen in Villen und führen ein Luxusleben

(Betriebsarbeiterkorrespondenz.)

Niesky. In den Rodersdorfer Werken herrschen zurzeit Zustände, die bereits aufzeigen, wie es in allen Betrieben aussehen würde, wenn das von Hitler propagandierete „Dritte Reich“ zustande käme. In diesem Betriebe, wo zurzeit Hochbetrieb ist, und ein paar 100 Arbeiter in der Produktion von Dachziegeln beschäftigt werden, herrscht ein Antreiberjoker und eine Ausbeutung der menschlichen Kraft, die nur so lange möglich ist, wie sich die Arbeiterklasse willens- und kampflös in ein derartiges Sklavensystem ergibt.

In diesem Betriebe waren noch vor Jahren alle Arbeiter gewerkschaftlich und politisch organisiert, sie waren zum überwiegenden Teil Anhänger der SPD. und es gab dort einen Arbeiterrat, der sich kümmerte um die Interessen der Belegschaft. Wie anders sieht es dort heute aus?

Nur 99 Prozent der Belegschaft ist unorganisiert, der größte Teil der Arbeiter kommt aus Kleinbäuerlichen Betrieben und arbeitet zur Zeit für einen Hungerlohn.

Ein Arbeiterrat besteht so gut wie gar nicht mehr und der große Stolz von Direktoren, Ingenieuren und Meistern macht mit den Arbeitern und Arbeiterinnen, was er will. Hier zeigt sich so richtig die Auswirkung der SPD-Tolerierungspolitik, die das Proletariat im wahrsten Sinn des Wortes verkauft und verraten hat. Besonders der Faschismus macht sich in diesem Betriebe bemerkbar. Der sehr geringe Stundenlohn ist eingestellt auf einen bestimmten Akkordtag und dieser muß erreicht werden, will der Arbeiter oder die Arbeiterin nicht einen noch um 5 Pfg. geringeren Stundenlohn verdienen, oder als Faulenzer gelten.

Einen drastischen Beweis für die Hungerlöhne, die hier zur Auszahlung kommen, können wir an Hand eines Lohnzettels eines dort beschäftigten Arbeiters, der verheiratet und Vater zweier Kinder ist, erbringen. Er erhielt in 14 Tagen bei einer Leistung von 88 Stunden 37,50 Mark errechnet. Als Abschlag erhielt er die erste Woche 21 Mark. In der zweiten Woche kam genannte Summe, 1,96 Mark

Franken- und Invalidegeld, 1,14 Mark Beitrag zur Arbeitslosenversicherung und 6,50 Mark Miete für Werkswohnung in Abzug, so daß ihm für die Woche und vierköpfige Familie 6,90 Mark zum Leben übrig blieben. Das ist noch viel, denn andere Arbeiter und besonders Jugendliche, haben erheblich weniger. Von was soll eine solche Familie Lebensmittel, Kleidung, Feuerung usw. kaufen?

Während die Direktoren dieser Aktien-Gesellschaft und ihre Teilhaber riesige Gehälter und Dividenden einstreichen, in Villen wohnen und sich jeden Luxus erlauben, mergelt und lumpt ihre Arbeiter-schaft buchstäblich ab.

### Alle

## ANTIFASCHISTEN

### hinaus aufs Land

### 17. Juli

# Roter Landsonntag

im Zeichen der Antifaschistischen Kampfwoche.

## Arbeiter, Frauen und Jugendliche, heraus zur Antifaschistischen Aktion!

# Macht Schluß mit diesem Hungerleben!

Arbeiterfamilie erhält 3 Mark Unterstützung — Nazigutsbesitzer zahlt seit 3 Wochen keinen Lohn aus — Kinderausbeutung durch einen Nazi-Förster

(Arbeiterkorrespondenz)

Groß-Wellen. Der seit langen Jahren erwerbslose Arbeiter A. L. aus Groß-Wellen erhält für seine neunköpfige Familie pro Woche 3 Mark Wohlfahrtsunterstützung. Da es dem Arbeiter mit seiner Familie unmöglich ist, davon zu existieren, hatte er beim Kreis-ausschuß Einspruch erhoben. Von dieser Behörde bekam er die Antwort, daß er sich ja in seiner „hilfsbedürftigen“ Lage befindet und deshalb mit den 3 Mark auskommen könne.

Das Antwortschreiben des Kreis-ausschußes hat folgenden Wortlaut:

Kreis-ausschuß Grünberg i. Schlei.

Bezirksrat Ortsverband

R. W. A. 2724

Grünberg i. Schlei, den 30. 6. 32

An den Arbeiter A. L.

Groß-Wellen, Gemeindehaus.

Ihren Anträge vom 15. d. Mts. auf Erhöhung der Ihnen zugesicherten Unterstützung kann nicht entsprochen werden. Sie haben 3. Jr. nicht haben, sondern fünf Kinder in Ihrem Haushalt. Der älteste Sohn befindet sich in Deutsch-Russland in Lehre und erhält dort Unterhalt, Verpflegung und Bekleidung. Ein Kind ist bei dem Herrn Kreisvorsteher L. d. selbst und erhält dort gleichfalls Verpflegung und Bekleidung. Ihre Ehefrau geht fast ständig auf Arbeit. Sie selbst werden in der Lage sein, sich hin und wieder durch Gelegenheitsarbeiten etwas zu verdienen.

Im übrigen ist Ihre gesamte Lebensführung (halten eines Luxuswagens usw.) nicht derart, daß angenommen werden kann, daß Sie sich in dringende hilfsbedürftiger Lage befinden.

N. A. Berth.

Wenn dieser Brief tatsächlich nicht vor uns läge, glauben wir, es wäre ein Schwindel. Folgende Tatsachen wollen wir bekanntgeben: Der mit seiner Familie im Gemeindehaus lebende Arbeiter A. L. hat sieben Kinder im Alter von 15, 13, 11, 9, 5, 3 und 1 Jahr. Seine Frau geht nur teilweise auf Dominium arbeiten und erhält einen Stundenlohn von 16 Pfennigen ohne Deviat. Sie kommt

höchstens auf 3 Mark die Woche mit Abzug. Seit drei Wochen ist man ihr den Lohn rückständig. Der 15jährige Junge lernt Bäcker und erhält außer etwas Taschengeld, Verpflegung und Unterkunft, Kleidung ist sehr fraglich. Die 13jährige Tochter muß bei dem Kreisvorsteher L. Haus- und Feldarbeiten verrichten. Dafür soll sie als „Gnadenkind“ Bekleidung und Verpflegung, was alles noch fraglich ist, erhalten.

Und die übrigen fünf Kinder? Die verpflegt der Vater mit seinen 3 Mark Wohlfahrtsunterstützung!

Doch weil das Gemeindehaus etwas verfiel im Walde liegt, hält

## Aus der Stadtverordnetenversammlung in Sagan

# Statt Arbeit und Brot den Gummitüppel

Das ist die Meinung des Stadtverordneten-Vorsitzers, der versucht, die Anträge der Kommunisten gegen die Polizeiatacken abzuwürgen — Wir rufen die Werktätigen Sagens zur Antifaschistischen Aktion

Sagan. Die am 8. Juli tagende Stadtverordnetenversammlung hatte sich mit 16 Punkten zu beschäftigen, von denen einige besonders zu beleuchten sind, da sie die gesamte Arbeiterklasse interessieren werden. Die kommunistische Stadtverordneten-Fraktion stellte am 14. Juni den Antrag an den Magistrat zur Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung, die sich im besonderen mit den brutalen Morden der Polizei- und Landjägerbeamten gegen die Saganer Arbeiterklasse am 10. Juni beschäftigen sollte.

a) Magistrat und Stadtverordnetenversammlung beschließen die sofortige Zurücknahme des Beschlusses betreffs Zurückzahlung erhaltener Vorhülle, die zur Bezahlung der Miete, Anschaffung von Bekleidungsstücken usw. dienen. Die Unterstützungen sind voll auszuzahlen.

b) Sofortige Zurückziehung der in der Stadt eingezogenen und nationalisierten Schupo.

c) Die hierdurch entstehenden Kosten sind abzuschmen.

d) Sofortige Abziehung des Polizeimeisters Gütler sowie Verhaftung der Polizeibeamten Gähler, Kaiser und Kuz.

Da der Antrag zur außerordentlichen Sitzung abgelehnt wurde, konnte erst jetzt über obige Punkte verhandelt werden. Von Seiten des Stadtverordneten-Vorsitzers wurde versucht, eine Aussprache über das brutale Vorgehen der Polizei abzuwürgen. Er verweist zur Klärung der Fragen an den Polizei-Dezernenten. Genosse Kunert zeigte in treffender und sachlicher Form auf, in welcher gemeiner und roher Weise die Reichen ihre von den Steuerträgern der Arbeiter bezahlten Soldlinge gegen das Proletariat vorbringen. Das brutale Vorgehen der Polizei zeigt so recht das wahre Gesicht der herrschenden Klasse. Statt Arbeit und Brot den Gummitüppel! Soll sich diese Gesellschaft zum Teufel fahren! Einmal wird der Tag kommen, an dem die Alten über die Erbkrone des Kapitalismus geißelt werden und in ihnen werden alle die verzeichnet sein, die sich in so brutaler und unmenschlicher Weise an der Arbeiterklasse vergangen haben.

Von der dicht besetzten Tribüne setzte ein Sturm des Beifalls am Schluß der Ausführungen des Gen. Kunert ein.

Bei Wiederholung des Beifalls drohte der Stadtverordneten-Vorsitzers

Arbeiter und Jugendliche der Rodersdorfer Werke, wie lange wollt ihr euch dies noch bieten lassen, wollt ihr vollkommen verfallen in die kapitalistische Barbarei und darin zugrunde gehen, oder wollt ihr euch aufrufen in letzter Stunde zum Kampf und Widerstand mit allen euch zur Verfügung stehenden Mitteln?

Ihr seid es euch und euren Kindern schuldig, das letztere zu tun. Ihr habt es an der Hand, euer Los und Dasein zu einem menschenwürdigen zu gestalten, wenn ihr nur wollt und eure große Kraft erprobt.

Bildet einen Betriebsausschuß, wählt eine Arbeitervertretung, in denen die Besten aus euren Reihen vertreten sind. Steht euch hinter diese geschlossen und tretet sofort ein in Verhandlungen mit der Betriebsleitung zwecks Erreichung eines angemessenen Lohnes und sonstiger sozialen euch zustehenden Einrichtungen. Streift von euch ab die Schladen der Vergangenheit, reißt euch ein in die rote Einheitsfront, werdet Mitglieder der KPD. und KFD. und gebt eure Stimme der Liste 3, der einzigen Vertreterin des Proletariats, der kommunistischen Partei!

sich dieser Arbeiter einen Koter (Promenadenmischung) als Wachhund und zahlt keine Steuern für diesen „Luguhund“. Der Arbeiter muß für sein Loch im Gemeindehaus auch noch Miete bezahlen, das Geld dafür kann er aber unmöglich aufbringen. Es ist direkt hanebüchen zu verlangen, daß diese Arbeiterfamilie mit 3 Mark von der Wohl...et leben soll.

In Groß-Wellen sind alle Gutbesitzer, Förster usw. Nazioten. Das ist so der richtige Typ des Dritten Reiches, so sieht es im Nazireich praktisch aus. „Wilhelm der Deserteur“ erhält von der freiesten Republik 50 000 Mark pro Monat Rente und muß noch „Solzhaden“, der „arme“ Mann. Aber ein Ortsarmer, Familienvater von sieben unmündigen Kindern, erhält 3 Mark Wohlfahrtsunterstützung pro Woche, denn seine „Lebensführung ist ein reiner Luxus“. Dazu soll er auch noch Gemeindearbeit leisten.

Noch sind wir nicht soweit, daß jeder Naziausbeuter nach seinem Belieben die Proleten ausrauben kann! Proleten, Arbeiterfrauen, Jugendliche, laßt euch das nicht gefallen! Schließt die rote antifaschistische Front gegen den Faschismus, gegen dieses verfluchte Hungerleben, kämpft für ein freies, sozialistisches Deutschland! Werbt und mobilisiert alle Notleidenden für die Liste 3, für die KPD!

mit Räumung der Tribüne. Im Anschluß sprachen die Genossinnen Wehnelt und Marta Kunert zum gleichen Punkt. Auch sie wendeten sich im Namen der Arbeiterklasse gegen die brutale Behandlungsweise der Polizei gegenüber Frauen, Kindern und Kriegsbekämpften. Genossin Wehnelt kennzeichnet besonders den der Arbeiterklasse bestens bekannten Eriten Bürgermeister Dr. Kolbe auf Grund seines Ausspruchs: „Bei mir heißen Sie auf Granit!“ Er quittiert mit einem höhnischen Lächeln. Wiederum ergreift Gen. Kunert das Wort und weist darauf hin, daß die Polizei, trotz „Verbot“, gegenüber den Nationalsozialisten nicht eingegriffen

habe im Fall der Sonnenwendfeier. Trotz Schupo und Polizei marschierten die Faschisten am Sonntag in Stärke von 100 Mann vom Egerzierplatz in die Stadt. Der Erste Bürgermeister erklärt, daß diese Sache der Staatsanwaltschaft übergeben sei. (!) Wie das ausläuft, dürfte wohl jedem klar sein! Die Arbeiter müssen sich darüber klar sein, daß die Faschisten nur in roter Einheit durch die Arbeiterklasse geschlagen werden können.

Beschlossen wurde die Pflasterung der Straße am Seminar mit einem ungefähren Kostenaufwand von 50 000 Mark, weiter der Bau der Ludwigsbrücke in Eisenbeton mit ungefähr 61 000 Mark. Zu den Arbeiten sollen in erster Linie Wohlfahrtsempfänger herangezogen werden.

Die der heutigen Notzeit entsprechende Abänderung der Friedhofsanordnung, nach welcher Grabeinfassungen in Sandstein nicht zugelassen waren, wurde mit den Stimmen der KPD. und SPD. angenommen.

Die Streitfrage zwischen Magistrat und Stadtverordneten betr. des Stundenlohnes von 4 Mark, die die Herrn Veterinäre schlugen für eine Vertretung, wurde einer Kommission von 4 Mitgliedern zur Erledigung überwiesen.

## Schöne weiße Zähne

Wohn nach einmalig. Buzen mit der herrl. erfrisch. schmeckenden „Chlorodont-Schmalze“, kreibt uns ein Fleischer. Tube 50 Pf. und 80 Pf.

## Garten- und Kinderfest der „Roten Hilfe“ in Wüstegiersdorf

Die Rote Hilfe, Ortsgruppe Wüstegiersdorf, veranstaltet am 17. Juli im Schützenhaus, Kaltwasser, ihr diesjähriges Garten- und Kinderfest. Die wertstätige Bevölkerung von Wüstegiersdorf und Umgebung wird hiermit besonders eingeladen. Von 1-2 Uhr Platzkonzert beim „Weißen Korb“. Von dort aus Abmarsch nach Kaltwasser

### in Freiburg

Sonntag den 17. d. Mts. findet das Kinderfest der Roten Hilfe in der „Hummel“, Pölsnitz, statt. Antreten der Kinder und Gesellen 1 1/2 Uhr, am Kreuz, zum Abmarsch. Wir bitten die Genossen, sie Wagen für die Kinder auszumühen. Im Garten der Hummel Preischießen, Konzert. Eintritt 15 Pfg. Abends Einzug der Kinder, Fackeln mitbringen.

### in Görlitz

Sonntag, den 17. Juli, im „Reichshof“, Leichwitz, Garten- und Kinderfest der Roten Hilfe Görlitz. Abmarsch 13.30 Uhr Elisabethtag. Alle Ortsgruppen der Umgebung sind eingeladen.



Senkt die roten Fahnen!

Das Opfer des Terrors der Hitlerischen System-Armee, der Reichsbannerkamerad Erdmann Eilke, welcher am Dienstag im Krankenhaus in Naatz verstarb, wird heute nachmittag um 16 Uhr in Altenhof beerdigt.

„Jüdische Gauner soll der Moses holen“

Die Nazis haben ihre Agitation und Propaganda unter die Rindvieher und Ochsen verlegt. Jetzt haben sie zur Sicherung des Handels mit ihren tierischen Anverwandten einen Verband deutscher Viehhändler gegründet.

In einem Flugblatt, welches mit „Heil Hitler“ von einem Gerhard Sawatzky aus Neumittelwalde unterzeichnet ist, der sich „Bauführer für Schlessien des Verbandes deutscher Viehhändler“ nennt, wird darauf hingewiesen, daß zum Viehverkauf deutsches Rassenblut notwendig ist.

Die Straße frei den Händlervataillonen, Die ehrlich handeln, nicht mit Jubentrick; Jüdische Gauner soll der Moses holen, Drum her zu uns, kämpft für die Freiheit mit!

Wenn dieser Sawatzky in seinem Pamphlet nun schreibt: „25 Gaue arbeiten bereits an der Reinigung des deutschen Blutes und des Viehhandels“, dann tanu man sich vorstellen, wieviel Gaue an obiger Wasserleitungs-Dichtung gearbeitet haben mögen.

Die Nazischnauze steht nicht still gegen das angeblich Deutsch-land zerfressende Judentum. Wie ernt es ihnen aber in Wirklichkeit mit dem „Kampf“ gegen die jüdischen Kapitalisten ist, zeigen folgende Beispiele:

Wagner, der Inhaber der Schürzenfabrik Wagner, Freiburger Straße, Ecke Museumsplatz, der ein stammer Nazi ist, läßt seine Schürzen bei der jüdischen Stickerfirma Kallmann u. Simmenauer, Goldene Radegasse 17, mit „Heil Hitler“ besticken.

Zwei Naziführer aus Heibersdorf bestellten bei einer jüdischen Firma in der Karlsstraße 30 SA-Uniformen.

Derartige Beispiele könnten wir sehr viele anführen. Wir behalten es uns aber heute vor, um in den nächsten Tagen darauf zurückzukommen.

Eine andere Seite der deutschen Arbeit ist die Schnorrer- und Erpressertour. Da die Arbeitererschaft es selbstverständlich ablehnt, solch ein Blatt, das sich „Tageszeitung“ nennt, zu lesen, beschleiert man einzelne zwangskläufig mit „Werbenummern“ und schickt ihnen nachträglich Mahnungen über angeblich „rückständiges Bezugsgehalt“ ins Haus. Außerdem wählt man die in den Fache-Geschäften sowie in der Arbeiter-Zeitung als Mittel zum Zweck. Vor einigen Tagen hing in der Fache-Gaststätte in der Neuborsstraße eine Schnorrer-Liste an der „Arbeiter-Zeitung“, in der um Spenden für die „vom Feind in Ehren erschlagenen Kameraden“ gefochten wird.

„Heil Hitler!“

Aus dem Papenischen „Wohlfahrtsstaat“

Das Elend und der Hunger wächst mit rasender Geschwindigkeit. Fast täglich kommen buchstäblich auf der Straße die Menschen um. So brach z. B. am Sonntagmittag gegen 13 Uhr ein 36-jähriger Mann in der Nähe der Universitätsbrücke, vermutlich infolge Herzschlages, zusammen. Anstatt den unglücklichen Menschen fortzuschaffen und ihm Hilfe angedeihen zu lassen, legte man ihn in der Vermutung, daß er tot sei, in der glühenden Sonne auf eine Bank und ließ ihn stundenlang dort liegen, später schaffte man ihn in ein Haus. Erst gegen 18 Uhr kam das Auto der Anatomie und holte ihn dort ab. Das ist geradezu bezeichnend für die „Humanität“ in Breslau, dem „Kulturbollwerk des Ostens“.

Am Montagmittag erlitt in Morgenau ein Badender ebenfalls Herzschlag und wurde als Leiche aus dem Wasser gezogen. Auch hier handelt es sich um einen Proleten, der auf Grund der langjährigen Unterernährung nicht mehr lebensfähig war.

Am Montagabend verübte die ledige Aufwarterin Anna St., in der Kirchstraße 18/20, Selbstmord. Die Frau, welche sich durch ehrliche Arbeit wöchentlich 5-6 Mark verdient hatte, die jedoch nicht zum Leben reichten, war der jändigen Schikane der Hausbesitzer Sv. ausgeleiert und von ihnen in den Tod getrieben worden. Vor kurzer Zeit hatte man ihr auch die Hausbereinigung abgenommen und demzufolge sollte sie auch die Wohnung räumen. Am 18. Juli stand die Zwangsvermittlung bevor. Obgleich sie gewillt war, die Miete zu zahlen, ihr letzter „Ausweg“ aus dem „Wohlfahrtsstaat“ war der Selbstmord.

Täglich gehen derartige kurze Meldungen durch die bürgerliche Presse, ohne daß die Ursachen dieser schrecklichen Tatsachen aufgezeigt werden. Das Elend und die große Not treibt die werktätige Bevölkerung, die nur zum Hungern und Darben verurteilt ist, in den Tod. Nur in einem Lande, im Lande des aufsteigenden Sozialismus, werden die Lebensbedürfnisse der Menschen befriedigt, und unsere Aufgabe ist es, den Werktätigen den Ausweg aus Elend und Not zu zeigen und dafür zu sorgen, daß diese „Ordnung“ verschwindet und die sozialistische Ordnung an ihre Stelle tritt, wo alle Menschen Arbeit und Brot haben. Für dieses Ziel müht ihr täglich, auch am 31. Juli kämpfen und

nur Liste 3 wählen!

Zum Fest der 20000 an der Oder / Sonntag, 24. Juli

ist Eintritt frei. Alle Teilnehmer tragen die Plakette zur Antifaschistischen Aktion.

SPD- und Reichsbannerproleten für rote Einheitsfront

Sozialdemokratische Arbeiter protestieren gegen ihre Führerschaft, die ein Transparent mit der Losung „Kämpft in der roten Einheitsfront“ entfernen läßt

Breslau. Gestern war eine Demonstration der „Eisernen Front“. Lange vor der Demonstration diskutierten kommunistische Arbeiter mit den Reichsbannerproleten. Im Verlauf dieser Diskussion forderten die Reichsbannerkameraden die kommunistischen Arbeiter auf, mit ihnen in gemeinsamer Front gegen Faschisten, Terror und Notverordnungsdictatur zu demonstrieren.

Als beim Antreten der Demonstration erntet die Entfernung verlangt wurde, nahm ein kommunistischer Arbeiter das Wort und sprach auf dem Museumsplatz zu den versammelten Reichsbanner- und SPD-Arbeitern. Er zeigte ihnen auf, wie die SPD-Führung alles tut, um entgegen dem Willen der Arbeitererschaft die rote Einheitsfront zu verhindern.

Die kommunistischen und parteilosen Arbeiter begleiteten noch lange mit ihrem Transparent den Demonstrationzug und immer wieder brachten die Reichsbanner- und SPD-Proleten ihre Sympathie zum Transparent mit den revolutionären Kampflosungen zum Ausdruck.

„Hitler und Papen haben uns verraten!“

So riefen gestern Abend die eisernen Frontdemonstranten im Westen. Aus dieser Parole geht hervor, daß die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kollegen noch immer nicht in dem genügenden Maße erkannt haben, daß die Papen-Regierung nicht existieren würde, wenn sie nicht die Unterstützung der SPD und der Gewerkschaften hätten.

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion:

Vorbildliche Arbeit der Stadtteile Zentrum und West

Ein Genosse verkauft allein für 9,50 Mark Broschüren und Zeitungen — Die Leistung ist nachahmenswert

Breslau. Durch die Plakatjule auf dem Neumarkt und die an verschiedenen Stellen angebrachten Wandzeitungen, ist eine ungeheure Diskussion angefaßt worden. Bis zum Mittag des ersten Tages haben bereits Tausende die aufgerollten Fragen durchgebrochen und in lebhafter Diskussion den Kampf der Kommunisten um die Forderungen der gesamten werktätigen Bevölkerung zur Tagesordnung gemacht.

Die kämpfende Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten, der Handwerker und Gewerbetreibenden, aller Parteien steht im Stadtteil Zentrum auf der Tagesordnung. Der Drang nach Einheit unter revolutionärer Führung, gegen Hunger, Krieg und Faschismus, kommt in allen diesen Diskussionen klar zum Ausdruck.

Ein leuchtendes Beispiel

Der Literaturverkauf ist ein schlagender Beweis für die Massenstimmung: Allein auf dem Neumarkt wurden von einem einzigen Genossen Broschüren und Arbeiterzeitungen für 9,50 Mark verkauft. Das sind, da das Exemplar 10 Pfg. kostet, 95 Stück Broschüren und Zeitungen.

Wer macht das nach? Jetzt komme keiner mehr und sage, in Breslau ließe sich keine Literatur verkaufen. Sogar Nazis zeigten ein großes Interesse für unsere Literatur und versprochen, die von uns gestellten Fragen bei ihren Zusammenkünften zu behandeln.

Zentrum flößt weiter vor

Im Stadtteil Zentrum fand gestern Abend auf dem Neumarkt eine fliegende Versammlung statt, an der sich 250 bis 300 Arbeiter, Frauen und Jugendliche beteiligten. Ein Genosse sprach unter dem Beifall der Anwesenden gegen den feindseligen Terror und die Hungerdictatur, für die Antifaschistische Aktion und die Wahl der Liste 3.

Am gestrigen Tage wurden erneut vom Stadtteil Zentrum für sechs Mark Literatur vertrieben.

Die Wahlpropaganda im roten Westen

Auch der rote Westen zeigt bereits eine vorbildliche Arbeit im

Sie tolerieren die Papen-Regierung, trotz aller Scheinopposition, sowie einst die Brüning-Regierung und konzentrieren ihre ganze Kraft gegen die Bildung der roten Einheitsfront. Auch das kam gestern einigemal in Erscheinung. Als im Westen eine Gruppe kommunistischer und parteiloser Arbeiter den Demonstrationzug der Eisernen Front mit „Rot-Front!“ begrüßten, antwortete eine bornierte Führer-Gruppe und mit ihnen auch einige verheßte Reichsbanner- und SPD-Arbeiter mit „Nieder mit der Einheitsfront!“

Neue Nazi-provokationen im Osten Arbeitererschaft beherrscht die Straße

Am gestrigen Tage fand die Beeridigung des SA-Mannes Sternitzki auf dem Dürreger Friedhof statt. Dies benutzten die Nazis, um die Arbeitererschaft des Ostens zu provozieren und zu terrorisieren. Mit einigen Lastautos kamen unter starkem polizeilichen Schutz die SA-Trupps sühnend durch das Arbeiterviertel. Überall bildeten sich auf Grund dieser Provokationen rote Diskussionsgruppen, an denen sich die Arbeiter aller Parteirichtungen beteiligten.

Als einige provokatorische Jünger des „großen Adolf“ ihre wohlverdiente proletarische Abreibung erhielten, hielt die Polizei ihre Zeit für gekommen, um auf die unumwundlichste Art gegen die Arbeitererschaft vorzugehen. Auf wehrlose Frauen und Kinder, alles, was sich erblicken ließ, wurde eingeeprägt. Auf der Tannenkiebitzstraße wurde ein dreizehnjähriger Junge von der Polizei bis ins Haus hinauf verfolgt und niedergeschlagen. Der Name des Verletzten und auch einige Zeugen dafür sind in der Redaktion unserer Zeitung angegeben worden.

Auf Grund dieser Polizeiatenden und des Verbotes der bereits geschmiedeten Kundgebung auf dem Brodener Platz wuchs die Empörung der Arbeitererschaft von Minute zu Minute, und trotzdem die Polizei Verstärkung bekam, ließ sich die Arbeitererschaft nicht in die Defensive treiben. Immer wieder beherrschten die Arbeiter die Straßen. Und in den späten Abendstunden mußten die Kapitalsknechte und die Schutzhaube Dörsers unter harter polizeilicher Deckung in ihre Wohnungen abdracht werden, wobei man auch feststellen konnte, daß die Nazisführer herrschelmächtig beifallen waren.

Wie uns noch kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, sollen bei dem gestrigen Vorfall im Osten einige unbeteiligte Arbeiter verletzt worden sein.

Zeichen der roten Einheitsfront. Auf der Friedrich-Straße begrüßen den Vorübergehenden von hohen Schornsteinen herab, die revolutionären Losungen: „Kämpft gegen Faschismus und Not, wählt Kommunisten!“ und „Wählt SPD, Liste 3!“ Auf der Straße gegenüber diskutieren und tauschen die Arbeiter und Hausbewohner über diese, unter Lebensgefahr in der Nacht ausgeführte Propagandarbeit, „Das sind doch Kerle, die Kommunisten,“ so und ähnlich spricht man auf der Straße. Ein Schutzpolizist, der den „Schaden“ beschaute, sagt: „Ich würde für meine Partei so eine Arbeit nicht machen“ und schüttelt sich in Gedanken an die zu erklammernde Höhe.

Am Trottoir demonstriert indes die jüngste Generation. Ein paar Arbeiterkinder haben sich aus einem Stück rotem Papier eine rote Fahne gemacht, außerdem haben sie das Propellerlied ungedichtet und singen hell über die Straße: „Wir sind geboren, Nazis zu verdrängen.“ Ein freudiges Lächeln über diese jüngsten Demonstranten zieht über die abgearbeiteten, von der Not zerfurchten Gesichter der Arbeiter und Arbeiterfrauen. Nur eine alte Nazi-Dame, bei der ein Palantzen auf der Brust anzeigt, daß dort „vorne“ ist, zieht sich entristet vom „Fensterbrett zurück. Weiter vorwärts im Kampf, roter Westen.

Schafft neue Beispiele der revolutionären Wahlpropaganda. Etzelt alles in den Dienst der roten Einheitsfront, der Wahlpropaganda, für die Liste 3, im Zeichen der Antifaschistischen Aktion!

Achtung, Bücherverlosung!

Die Ziehung der Bücherverlosung

„Arbeiterliteratur greift an“

findet endgültig heute zentral in Berlin statt. Die Gewinnlisten werden am 17. bzw. 18. Juli 1932 in allen Parteizeitungen veröffentlicht. Die Gewinne werden in den Literaturstellen der KPD. ausgehändigt. Internationaler Arbeiter-Verlag.

Achtung! Alle Ortsgruppen und Zellen

holen heute und morgen antifaschistische Literatur von den zentralen Kurierstellen ab. Am Sonnabendmorgen müssen alle Ortsgruppen an den Hauptkurierpunkten Flugblätter und Plakate abholen. H. Schlessen.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Kolonien: Rudolf Orner in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Gendrich, Berlin. — Für Anzeigen: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlessische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Wählerlisten müssen bis spätestens Sonntag, den 17. Juli ein-gesehen werden!



# Korruption im Gesamtverband

**Mitglieder des Gesamtverbandes, fordert Rechenschaft! — Gewerkschaftsunterstützungen gekürzt  
Verbandstag verschoben — Sinein in die Reihen der Opposition!**

Breslau. Der Verbandsbeirat des Gesamtverbandes hat am 11. Juni in seiner Sitzung die größten Anstrengungen gemacht, um die ungeheure Struktur des sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbandes zu vertuschen. Diese Führer haben ein Verbandsbuch in Berlin gekauft, für das allein fünf Millionen Mark Kosten eingeleitet waren. Anzufragen hat jedoch die „Gewerkschaft“, die Verbandsbuch, die Bezahlung dafür abbracht, allerdings unterläßt man es verhältnismäßig, genauere Angaben darüber zu machen. Trotz alledem muß aber zugegeben werden, daß

die Anlage eines Teiles des Verbandsvermögens ohne Beschluß des Verbandsvorstandes von einzelnen des Vorstandes erfolgte.

Die Tatsache, daß der offizielle Bericht von der Verbandsbeiratsung die „unzulässige“ Ueberweisung der fünf Millionen Mark Kosten um 10 Prozent ungenau und gibt allen Mitgliedern des Gesamtverbandes einen Beweis von der Luderwildheit ihrer Führer.

Die Führer des Gesamtverbandes sind sehr stark in der Spitze des SPD verankert. Schumann, der bisherige erste Vorsitzende des Gesamtverbandes, war auch Vorsitzender des ADGB-Kongresses im Januar d. M. und des Reichstages des ADGB, 1932 in Berlin.

Schumann ist als Vorsitzender zurückgetreten, bleibt aber nach wie vor Reichstagsabgeordneter der SPD. Der Hauptkassierer Münzberg und der Vermögensverwalter Ruppert sind ebenfalls zurückgetreten. Vorsitzender ist jetzt Mündtner, Hauptkassierer Neiß und Vorstandsekretär Polenske.

Die Gesamtverbandesmitglieder können sich damit nicht zufriedengeben. Mündtner, Polenske, Neiß usw. sind genau so verantwortlich

für die Verschleuderung der Mitgliederbeiträge, wie der bisherige Vorsitzende Oswald Schumann und seine Mitarbeiter.

10 Prozent Mehrkosten beim Bau des Marmerpalastes für den Hauptvorstand des Gesamtverbandes sind 500 000 Mark oder 500 000 Wochenbeiträge der Mitglieder.

Die sozialdemokratischen Führer des Gesamtverbandes sind genau so großzügig in der Verschleuderung der Mitgliederbeiträge wie in der Durchführung jeden Lohnabbaues.

Wenn jetzt der Verbandsbeirat auf Grund „finanzieller“ Schwierigkeiten die Herabsetzung der im Statut festgelegten Unterstützungen beschlossen hat, so ist das für die betroffenen Mitglieder ein Grund mehr, energisch zu mobilisieren.

Diese Gewerkschaftsführer fürchten die Abrechnung und haben den für den 30. Oktober festgelegten Verbandstag auf „unbestimmte“ Zeit verschoben.

Für die Sicherung der Mitgliederrechte, für die Sicherung der im Statut festgelegten Unterstützungen, für die Gehörung der Streik-, Bemerkungen- und Erwerbslosenunterstützung, für die Herabsetzung der Mitgliedsbeiträge und für die Herabsetzung der Vorgesetztenlöhne von 100 Mark auf das monatliche Höchstgehalt von 500 Mark sollen die Mitglieder des Gesamtverbandes in allen Betrieben und in Gewerkschaftsversammlungen ihre ganze Kraft geschlossen einbringen. Nehmt dazu Stellung in allen Verbandsversammlungen! Rechnet ab mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, schließt euch zusammen zum Kampf gegen die faschistische Reaktion! Die notwendige Einheitsfront in den Betrieben und in der Gewerkschaft gegen Hunger und Faschismus wird auch die Lohnräuber und Verräter in der Gesamtverbandesführung vernichtend schlagen!

## Antifaschistische Aktion trotz Sabotage der SPD und des ADGB.

Strehlen. Am Montag marschierte die revolutionäre Arbeiterschaft erneut auf. Hunderte Werktätige, darunter viele SPD- und Reichsbannerarbeiter, demonstrierten in roter Einheitsfront gegen Notverordnungsdiktatur und Mordfaschismus. Aufschreiend an die Demonstration fand eine Kundgebung auf dem Reichsplatz statt, an welcher sich weit über 1000 Personen beteiligten. Genosse Müller, Berlin, geistigte scharf die immer stärker werdenden faschistischen Mordtaten der Rappen-Regierung. Ein Proteststurm erhob sich, als Müller auf die blutigen Vorgänge in Ohlau, Brieg und den anderen Orten hinwies, wo wiederum Tote und schwerverletzte Arbeiter dem Mordterror der Faschisten zum Opfer fielen. Das Gebot der Stunde lautet: Arbeiter aller parteiischen Richtungen, schließt euch zusammen in der roten Einheitsfront. Nicht die eiserne Front, sondern nur die geeinte Arbeiterklasse in der kämpfenden Einheitsfront wird imstande sein, dem faschistischen Spieß ein Ende zu bereiten. Kirstein (SPD), Breslau, schloß sich den Ausführungen des Gen. Müller an.

Gen. Hartner sprach im Auftrage des Kampfausschusses über örtliche Verhältnisse und brandmarkte das Verhalten der SPD-Vertreter Linke und Häußer, welche glauben, mit der gemeinsamen Demonstration am 3. d. Mis. den Faschismus geschlagen zu haben und welche nun versuchen, die Arbeiter des Kampfausschusses in Maßnahmen der „Eisernen Front“ umzulügen. Linke ging sogar soweit, in Münsterberg beim Gewerkschaftsfest zu behaupten, in Strehlen bestehe die rote Einheitsfront nicht mehr. Mit Entrüstung wiesen die Anwesenden diese Verleumdung zurück. Auch der Protest der anwesenden Reichsbanner- und SPD-Arbeiter ließ erkennen, daß sie gewillt sind, in roter Einheitsfront zu kämpfen. Mit dem Gesang der „Internationale“ und einem „Rot Front!“, dem Gruß der roten Einheitsfront, wurde die wichtige Kundgebung geschlossen.

## Braunau (Tschechoslowakei) gegen Janal-Off (Breslau) beim Fest der 20 000

„Ja Marx, das hast du mir erzählt, aber was steht denn noch auf der Speisekarte?“  
„Mensch, du bist aber neugierig.“  
„Was gibts da noch für Sport?“  
„Freiübungen der Männer und Frauen. Wettspringen und Laufen, Wettschwimmen, Paddeln, Handballspiele, Staffetten. Ich könnte dir noch mehr aufzählen.“  
„Was gibts noch?“  
„Also für die Kinder ist noch geforgt, da gibts Kasperltheater, Spiel, Sport, Aufführungen der Pioniere, Fackelzüge usw., da geh mal hin.“  
„Mage, und sonst gibts nische?“  
„Ja, das wer ich mir erst morgen uffsparen. Das beste kommt noch. Das ist so schön, wenn du neugierig bist, das sieht sich an, wie a Theaterstück.“  
„Aber morgen erzählste bestimmt weiter.“  
„Ja, ja, morgen.“

## Rote Hilfe-Besuch bei den Opfern faschistischer Mordgier

Breslau. Mittwoch, den 22. Juni. Die Breslauer Arbeiterklasse ist in großer Erregung über die Mordfälle der Nazis auf die Arbeiterwelt. Trauer im Westen der Stadt kommen die braunen Horden und provozieren die Arbeiterklasse. Auf der Aljonastraße haben die SA-Banden des Hememörder's Heines aus einem Auto auf die auf der Straße befindlichen Arbeiter. Der Genosse Walter Siedel, welcher sich mit seinem Sohn auf der Straße befand, wird erschossen. Arbeiter tragen ihn zu einem in der Nähe befindlichen Arzt. Nach Anlegung eines Notverbandes erfolgt die Überführung in das Arbeiterhospital.

ihren Betten. Aber ihre Gedanken sind bei uns, die wir hinausgehen, um unermüdet Kleinarbeit zu leisten, um zu werben für die rote Hilfe, um mitzukämpfen in der Antifaschistischen Aktion. röstl.

### Frauen!

Jetzt gibts, kämpft mit gegen Faschismus und Not, für Freiheit und Brot!

Heraus zur Antifaschistischen Aktion!

Während der Genosse Siedel zu Boden sank, eilten die Arbeiter den Mord nach. Erreutes Feuer der braunen Mordbest und abermals dem die Genosse am Boden. Genosse Siedel hatte einen Brustschuß erlitten, während der Genosse R. noch einen Schenkelbruch erlitt. Er und beide beiden Genossen durch die Revolverkugeln der braunen Horden auf das Krankenbett geworfen worden. Drei Arbeiter, durch Revolverkugeln in diesen Nächten mit dem Tode. Doch die Arbeiter der Aljonastraße hatten die Opfer der Nazimordgier noch nicht vergessen. Sie haben sich einander von den braunen Mordbestern an der Aljonastraße abgesagt. Das ist die „Solidarität“ der Arbeiterklasse, auf die hinweist die „Volkspolizei“ hinweist, wie es Genosse Siedel, Genosse Sebering „preußischer Polizeikommissar“.

### Bejudstag im Allerheiligenhospital

Der Vater besucht ihre Genossen. Sie können nicht wie die Mörderinnen sehen und haben bringen, denn Arbeitslosigkeit ist ihr Tod. Das die Mörderinnen wollen nicht haben. Sie wollen hören, wie man die Mörderinnen durch die Antifaschistische Aktion durchführt. Dies ist die einzige Hoffnung, trotzdem dem Genossen Siedel die die Mörderinnen an der Aljonastraße von der Brust an bis zum Hals durchschossen werden mußte, hört man kein Wort der Mörderinnen. Jetzt haben wir einen Kranken bei den Arbeitergenossen. Die Opfer der Mordgier sind getragen von dem Gedanken an Brot für alle, was die Banden unserer Klasse angeht. Mörderinnen jenseits sie auf der Opfer des Klassenkampfes, die von der Arbeiterklasse in die Freiheit geworfen sind. Jetzt in der Zeit, welche sie an das Brot führt, Spreiten sie so recht die Tätigkeit der roten Hilfe im Kampf gegen Klassenjuda und Nazimord.

Rote Hilfe tut not. Roter Helfer sein, heißt Kämpfer in der antifaschistischen Front sein.

Recht beschließt die Gen. „Solidarität ist zu Ende!“ erklärt die Führung der Bewegung. Wir müssen uns verabschieden. „Rot Front!“ erklärt von Mord und Mord zum Mordtätigen. Und wieder umfassen sie die Hände des Krankezimmeres. Wieder machen sich die Mörderinnen bemerkbar und wieder wenden sie sich qualvoll in

**WÄHLT KOMMUNISTEN LISTE 3**

## Unentbehrlich für den Wahlkampf!

ist nicht nur für jeden Funktionär der SPD, sondern überhaupt für jeden Werktätigen, der sich gründlich unterrichten will über die Politik der letzten 2 1/2 Jahre.

### das Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion,

das schon erschienen ist und eine Fülle außerordentlich wichtigen und interessanten Materials enthält, unter dem Titel

### „Zwei Jahre Brüning-Diktatur“

Aus dem Inhalt: Die Faschisierung Deutschlands durch Brüning. — Die SPD, die Hauptstütze der Brüning-Diktatur. — Die KPD als Schutzarmee der Arbeiterklasse. — Die kommunistische Reichstagsfraktion im Kampf gegen die Brüning'sche Notverordnungsdiktatur. — Das Generalkomitee der SPD zum Sturz der Brüning-Regierung.

Das Handbuch, das mit einem Scherzspitzer zur Entschärfung des Nachschlages versehen ist, umfaßt 184 Textseiten und kostet nur 50 Pfg.

Das Handbuch ist zu beziehen für Schlesien durch den Direktions-Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 59, für Oberschlesien Hindenburg, Kronprinzinnenstraße 247.

## Mein Nachbar fragt!

Ich habe ihm wochenlang meine Zeitung zum Lesen gegeben und mit ihm diskutiert. Und gestern erklärte er: „Wenn nach kommunistischer Auffassung durch Parlamentsabstimmungen sich nichts Besseres an den bestehenden Verhältnissen ändert, waszu beteiligen sie sich an den Wahlen?“

Ich holte die Broschüre herbei: „Was will die kommunistische Partei?“ Da ließ über die Bedeutung des kommunistischen Stimmzettels folgendes:

„Die große Stimmzahl für den revolutionären Klassenkampf gegen den imperialistischen Krieg. Für den Revolverkrieg gegen den Lohnabbau, für den Massenmord gegen die Ausplünderung der Erwerbslosen, für die Niederwerfung der Diktatur des Finanzkapitals und aller seiner faschistischen Gecken, für die Diktatur des Proletariats, das bedeutet eine Ermütigung für die Klassenbewegte

Arbeiterschaft, eine Einschüchterung der Bourgeoisie. Sieht die herrschende Klasse, wie groß die Zahl derer ist, die entschlossen ist, unter kommunistischer Führung den Kampf gegen die Ausbeuterherrschaft mit allen Mitteln aufzunehmen, dann ist sie gezwungen, vorsichtiger zu manövrieren, den Lohn-, Gehalts- und Unterstützungssraub in kleineren Dosen zu verabreichen, die den Massen am meisten verhassten Arbeiterjoch in den Hintergrund zu stellen. Bleibt bei der Wahl die kommunistische Partei hinter der Erwartung zurück, so ermutigt das die Bourgeoisie zu neuen Angriffen auf die Lebenshaltung der Werktätigen.“

Da hat mein Nachbar mich gebeten, ich soll ihm diese Broschüre besorgen. Sie kostet ja nur 10 Pfg. und ist wert, von allen Arbeitern gelesen zu werden!

**Proleton**  
-Tonillbohne  
Gabitzstraße 20  
Höfchenstraße 49

Beginn 5.30 Uhr, 7 Uhr und 8.30 Uhr  
Ab Freitag, den 15. bis Donnerstag, 21. Juli

**Auch im Sommer einmal eine Kinounterhaltung**

**Wir bieten!**  
Kühle Räume  
Zwei Standard-Tonfilme  
Neuauführung des populärsten Tonfilm  
**Zwei Herzen im 3/4 Takt**  
Ein Film den viele noch einmal sehen wollen mit  
Gretl Theiner, Willi Forst, Irene Eisinger, Walter Jansen

**Neueste Tonwochenschau**  
**Emil und die Detektive**  
nach einem Roman von Erich Kästner für junge Menschen zwischen 70 und 6 zum Jungsein und zum Totlachen  
Preise ab 60 Pfg., Erw. W. ab 30 Pfg. / Jugend hat Zutritt  
**Arbeiter-Sportkartell**

**Ferdinand Bannasch**  
Kolonialwaren, „Edeka“  
Breslau, Posener Straße 81/83

**Fleisch- und Wurstwaren**  
kauft man billig bei  
Fleischmeister  
**Mathea**  
Matthiasstr. 45 47

**Zigaretten / Zigaretten / Tabake**  
Größte Auswahl  
Wilh. Gondel, Breslau, Delsnerstr. 13

**Genossen!**  
werbt für  
**Eure Presse!**

**Miele**  
Fahrräder, auch Geschäftsräder  
Höchste Qualität, bei absolut. Preiswürdigkeit  
in den neuesten Modellen stets vorrät. bei  
**E. Spitzer, Promnitzstraße 51**

**Lederhandlung Jantke**  
Schuhpflegemittel, Schuhmacherbedarf-Artikel  
**Breslau, Neue Taschenstraße 11**